

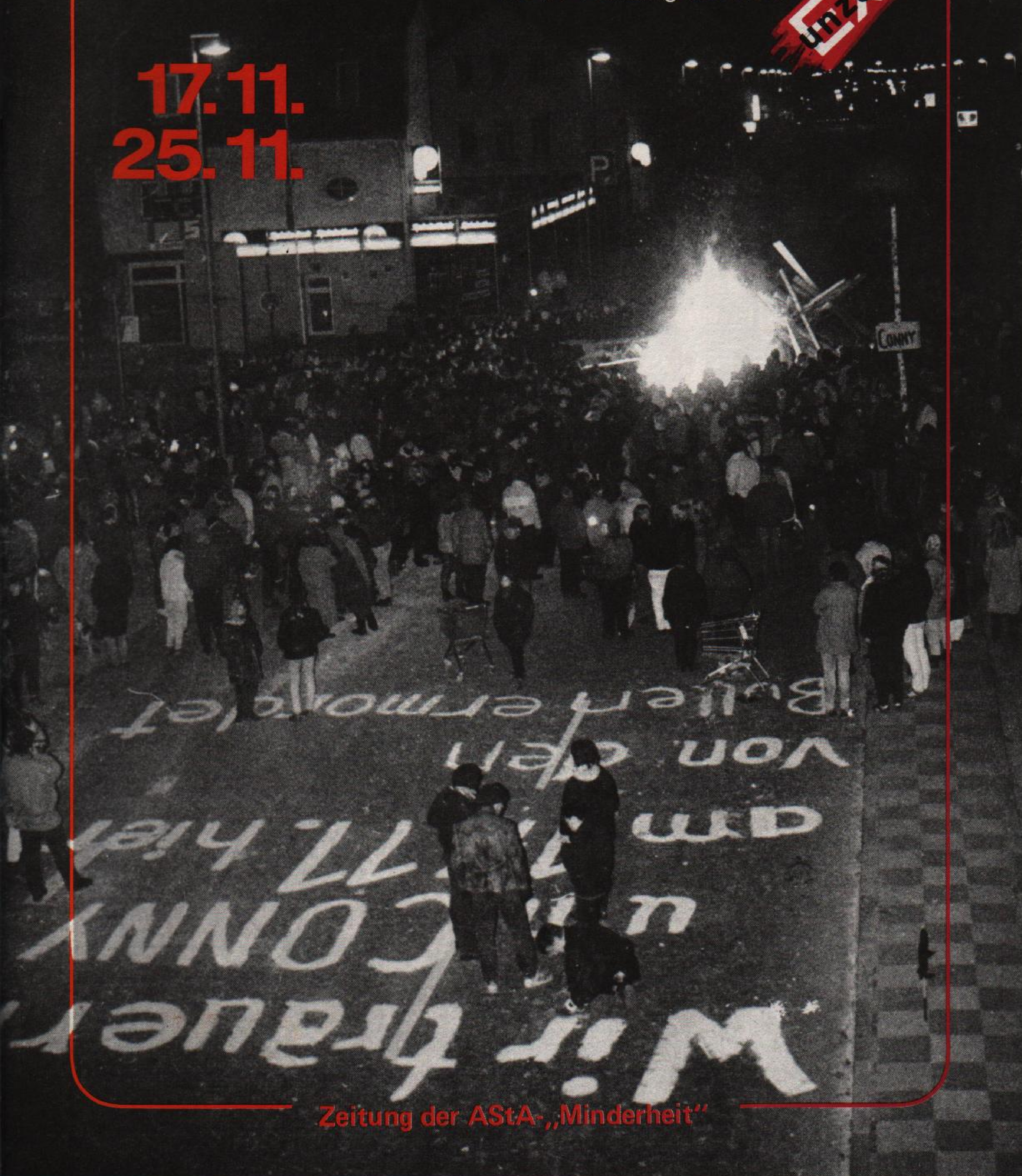
# göttinger nachrichten

Nr. 158  
Dezember '89

nicht Zeitung des AStA

~~unzensuriert~~

17. 11.  
25. 11.



Zeitung der AStA-„Minderheit“

## Conny - Du lebst in uns weiter

Wir haben Mühe, hinter all den Zeitungsartikeln und Flugblättern noch Dich zu erkennen. Aber wir wissen, wie Du warst: eine Frau wie keine andere.

Du hast nicht sterben wollen, Du hast leben wollen. Weil Du leben wolltest, und weil auch Dir die Bedrohung durch Neo-Faschisten unerträglich wurde, hast Du Dich gewehrt. Das, was passiert ist, hat uns wieder gezeigt, daß politischer Widerstand den Tod bedeuten kann.

Dein Tod trifft uns mit aller Wucht. Jetzt - nach Deinem Tod - wird viel geredet, viel geschrieben. Das macht Dich nicht wieder lebendig. SIE werden weiter ihre Lügen verbreiten - wie immer. SIE werden nichts unversucht lassen, die Umstände Deines Todes zu verschleiern und ihn anderen in die Schuhe zu schieben. Wir wissen, wie es war - sie haben Dich in den Tod gejagt, weil das der Logik ihres Denkens entspricht - "plattmachen".

Das werden wir ihnen nie vergessen.

Wir trauern, und wir sind wütend. Ohne diesen Polizeieinsatz hättest Du nicht sterben müssen. Wir werden angegriffen, die Neo-Faschisten werden aus der Stadt geleitet. Das ist deutsche Tradition - wie die gleichgültige und teilweise menschenverachtende Reaktion großer Teile der Bevölkerung auf solche Ereignisse Tradition hat. Wäre es anders, wäre der Neo-Faschismus nicht geduldet, müßten wir nicht länger gegen ihn auf die Straße gehen.

Wir machen weiter, Conny, aber wir müssen damit rechnen, daß die Gegenseite unseren Tod billigend in Kauf nimmt. Wandelt Wut und Trauer in Widerstand!

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich und vollständig ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem schriftlich beigelegten Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Diese Publikation wird herausgegeben von der AStA „Minderheit“ (GAL im AStA und NLB), der SB Antifa im AStA, dem autonomen Frauen-/Lesbenreferat, dem Schwulenreferat, der FSRV, der AG Antirep, der Straßenmedizin und dem KB. Fotos: K. Panzer ViSdP: Willi Münzenberg c/o AStA Göttingen

## EDITORIAL

Am 17.11. ist Conny gestorben - von Polizisten während einer Verfolgungsjagd auf AntifaschistInnen in den Tod getrieben.

Seitdem sind eine ganze Reihe Flugblätter der verschiedensten Gruppen erschienen, von denen einige wenige auch dazu beigetragen haben, die tatsächlichen Abläufe an jenem Abend sowie ihre Hintergründe aufzuklären.

Außerdem gab es am 25.11. eine der größten Demonstrationen in Göttingen überhaupt, als sich fast 20.000 Menschen zusammenfanden, um ihre Trauer, ihre Wut zu manifestieren und gegen Polizeiterror und Faschismus zu demonstrieren.

Trotz alledem ist mensch ziemlich aufgeschmissen, wenn sie oder er versucht, sich aus den veröffentlichten - sozusagen "offiziellen" - Medien zu informieren und sich eine Meinung zu bilden. Dort nämlich wird gelogen, gehetzt, verdreht, verschwiegen, im "besten" Fall verkürzt.

Wir haben mit dieser Broschüre versucht, diesen Mangel etwas zu beheben; wir stellen hiermit einiges an Beschreibungen und Einschätzungen über Akteure und Hintergründe der interessierten Öffentlichkeit zur Ver-

fügung, was es bisher in dieser Zusammenstellung noch nicht zu lesen gab.

**Besonders hinweisen möchten wir auf die Beschreibung der Demo am 25.11.. Sie ist nicht "irgendeine Version", sondern zusammengetragen von Beteiligten und aus Augenzeugenberichten. Wir stützen sie voll und ganz.**

Noch ein Wort zur Entstehung dieses Heftes: ursprünglich war es geplant als "Sonder-gn", also als Publikation des gesamten AStA. Kurze Zeit nach dem 17.11. stellte sich jedoch heraus, daß eine Zeitung mit den jetzt vor euch liegenden Inhalten von der JUSO-HSG nicht mitgetragen werden konnte bzw. wollte. Da die JUSOS nun allerdings im AStA die Mehrheit haben, sahen unsere Möglichkeiten so aus: entweder, wir lassen uns auf eine Zensur durch die JUSOS ein - oder, wir versuchen es selber.

Diese Zeitung ist also keine AStA-Publikation im üblichen Sinn, und sie ist auch nicht vom AStA finanziert.

Eine weitere Auseinandersetzung mit der JUSO-Politik in dieser Sache gehört hier nicht her. Aber sie wird folgen...

### INHALT:

AugenzeugInnenbericht vom 17.11. ....	S. 4	Kommentar Straßenmedizin:	
Antifaschistin von Polizei		Die große Kumpanei .....	S. 15
in den Tod getrieben .....	S. 5	Bericht von der Demo am 25.11. ....	S. 16
I. Die Fakten .....	S. 5	Hetzen statt Handeln -	
II. Versionen und Lügen .....	S. 6	SPD konsequent gegen AntifaschistInnen .	S. 18
III. „Identität“ .....	S. 7	Dokumentation: „Anfrage	
IV. Notizen mit dem Schlagstock .....	S. 8	an die antifaschistischen Autonomen	
V. Freiheit? .....	S. 8	Göttingens“ .....	S. 20
VI. „... das machen wir schon...“ .....	S. 8	Anfrage an die	
VII. „Flapsigkeit“ hat Tradition .....	S. 9	sozialdemokratischen Arschlöcher	
VIII. Conny war nicht die Erste .....	S. 10	Göttingens. ....	S. 20
Warum nennen wir		„Stahlkugeln bohrten sich in Polizeihelme“	
Connys Tod einen Mord? .....	S. 12	- Die Presse .....	S. 22
Aktivitäten der militanten Faschisten		Faschistenaufmarsch am 9.12.	
in den letzten Monaten .....	S. 13	- Presseerklärung .....	S. 26

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sind wir auf Spenden angewiesen.  
Spendenkonto: Kreissparkasse Göttingen, BLZ 260 501 10  
Konto Nr: 125 200 675, P. Gertz, Stichwort: Nie vergessen

# STOPPT DEN FASCHISMUS!

# Augenzeugen- Bericht

17.11.1989

Es fing an um 20 Uhr 50, als sechs bis acht AntifaschistInnen in der Burgstraße vor der Kneipe Apex standen. Ca. acht Neonazis — mit Knüppeln bewaffnet — kamen aus der Kneipe und versuchten, die AntifaschistInnen anzugreifen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf zwei Faschisten verletzt wurden. Nach dieser Auseinandersetzung zerstreuten sich die AntifaschistInnen. Andere Leute, die nach dieser Aktion verständigt wurden, trafen sich kurze Zeit später vor einer Kneipe, etwa 500 Meter vom Apex entfernt. Diese Personen (etwa 30) zogen dann in Richtung Innenstadt, wo die Bullen am Ende der Fußgängerzone eine Sperre errichteten. Diese wurde umgangen, um in Richtung Uni zu gelangen — mit dem Ziel, sich dort aufzulösen. Über Bullenfunk, der von den Leuten abgehört wurde, sprachen die Bullen von den „Chaoten“. Sie kümmerten sich erst einmal um die Neonazis, welche sie aus der Innenstadt begleiteten. Als die Neonazis die Stadt verlassen hatten, wollten die Bullen die AntifaschistInnen angreifen. Sie fragten wörtlich über Funk: „Sollen wir sie plattmachen?“ Es folgte eine Abstimmung über Funk, in der sich die Bullen für das „Plattmachen“ entschieden. Sie zogen Hundeführer, mehrere ZSK (Zivile Sonderkommandos) und mehrere Streifenwagen zusammen. Die Leute waren zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Unigelände in einem Durchgangsweg.

Die Bullen standen unter anderem am Ausgang des Durchgangs auf die Weender Land-

straße, die eine sehr stark befahrene Straße (4spurig) ist. Die Bullen kamen von mehreren Seiten und griffen die Leute an. Sie hatten an ihren Fahrzeugen das Blaulicht abgeschaltet, wodurch die Situation für herankommende AutofahrerInnen sehr schwer zu erkennen war. Auf den Fahrbahnen lief der Verkehr weiter. Die AntifaschistInnen versuchten, um die Bullen herumzukommen. Die Bullen sprangen mit gezogenen Knüppeln aus ihren Wagen heraus und versuchten, die Leute zu schlagen und abzugreifen. Conny versuchte, den Bullen, die auf sie zuliefen, in die einzig mögliche Richtung auszuweichen: in die Mitte der Straße. Zu diesem Zeitpunkt kam ein Pkw mit recht hoher Geschwindigkeit heran. Conny wurde erfaßt, durch die Luft geschleudert und war sofort tot. Die Bullen schlugen weiterhin auf die Leute ein und versprühten CS-Gas. Sie forderten sogar einige Leute auf, sich neben Conny auf die Straße zu legen. Leute, die sich um Conny kümmern wollten, wurden von den Bullen mit Knüppeln und Hunden bedroht. Bullen leisteten auch nach Aufforderung keine Erste Hilfe, sondern unternahmen stattdessen mehrere Versuche, Leute festzunehmen. Der Notarzt, der etwa acht Minuten später eintraf, stellte nur noch den Tod fest.

Diese Angaben können sämtliche uns bekannten Augenzeugen bestätigen. Eine ausführliche Klärung der Vorfälle und vor allem der Einzelheiten wird von uns im Moment vorgenommen. Diese ausführlicheren Stellungnahmen veröffentlichen wir zu einem späteren Zeitpunkt.

20. November 1989

Juzi

# Antifaschistin von Polizei in den Tod getrieben

Connys Tod war kein "tragischer Unglücksfall" oder gar bloß ein "Verkehrsunfall", wie die Lobbies im Rathaus und im Steinsgraben die grausame Konsequenz eines keinesfalls ungewöhnlichen Polizeieinsatzes jetzt in der dritten Woche dreist umzudeuten versuchen.

Die Verantwortlichen haben freilich allen Grund, Land zu gewinnen und die Ereignisse in ihrem Sinn umzudrehen und zurecht zu wenden, denn der Mord an Conny gibt der seit Jahren auch in Göttingen schwelenden Konfliktsituation zwischen der Polizei auf der einen und vorwiegend autonomen AntifaschistInnen auf der anderen Seite eine ganz neue Dimension. Juristisch gesehen mag es kein Mord sein; vielsagend genug, daß diese zweifelhafte Kategorie gerade hier nicht greift. Eine streng juristische Einschätzung aber, die ganz etwas anderes ist als die wütende Benennung der Tatsachen durch Betroffene, spielt eben diesen Verantwortlichen - wie gehabt - in die Hände, indem sie den "Fall" zu deren Zwecken entschärft und verharmlost.

Wie sehr dieser erste Todesfall in Göttingens jüngerer Geschichte der Umgehensweise mit politisch Andersdenkenden dazu angetan ist, auch breitere Kreise auf den Plan zu rufen und ein Licht auf Polizeistrategien und -praxis über die linke Diskussion hinaus zu werfen, zeigt das breite Spektrum, das sich auf der bundesweiten Demo vom 25.11. versammelt fand.

Genauso beweisen das die intensiven Bemühungen der rechten Öffentlichkeit, zunächst ebenfalls ausnehmend "bestürzt und traurig" zu sein, um dann eine Woche später den gewalttätigen Verlauf der Demo, obgleich wiederum und inzwischen erwiesenermaßen von der Polizei provoziert, gnadenlos auszuschlachten und die Hegemonie in der öffentlichen

Auseinandersetzung zurückzugewinnen.

Der hier bislang mit seiner Stellungnahme vom 18.11. zitierte Oberstadtdirektor Schierwater (SPD) spricht zynischerweise von der eigenen "Betroffenheit", worin er sich einig weiß mit seinem Kollegen von der CDU, dem Kreisvorsitzenden Noack: Letztlich ist nämlich gar nicht Conny, sondern die "besonnene Göttinger Polizeiführung" das eigentliche Opfer der "Tragödie des Unfalltods". Sie "treffe" nämlich das Unglück, in die "verblendete Gewalttätigkeit" gesellschaftlich geächteter, tendentiell jedenfalls ähnlich ausgerichteter Randgruppen "hineingezogen" und "verwickelt" zu werden (wobei sie "Gefahren für die Gesundheit riskiert"!), was mindestens ebenso "tragisch" ist wie der Tod selbst.

Im gleichen Atemzug beeilt sich Noack, "weiterhin" für die "psychologische Schulung der Einsatzkräfte" zu plädieren, was zunächst etwas zusammenhanglos wirkt, aber keinesfalls ist. Der Mensch weiß, wovon er redet und warum ihm das so wichtig ist: Polizeichef Will "wundert" sich öffentlich, daß es nicht schon früher "Schwerverletzte oder sogar Tote gegeben habe". Er meint damit die Auseinandersetzungen zwischen Skins und Autonomen, die er wohlweislich ins Zentrum der Gewaltdiskussion rückt. Im Grunde aber kommentiert er ungewollt das Agieren der Polizei, die den Tod lange schon wo nicht plant, was ebenfalls tagtäglich geschieht, da doch zumindest bewußt einkalkuliert - als Waffe im Kampf gegen die verhasste Linke.

## I. Die Fakten

Was ist am Abend des 17.11. wirklich passiert?

Versuch einer Rekonstruktion aufgrund der bisher bekannten Tatsachen.

Um ca. 20.50 Uhr kommt es vor dem Apex zu einer Schlägerei zwischen je 7 bis 10 Naziskins und AntifaschistInnen; dabei werden zwei Skins verletzt (Platzwunde am Kopf, gebrochene Hand). Wenig später kommt die Polizei, nimmt die Skins in "Schutzhaft". Die Polizei verliert die Gruppe der AntifaschistInnen - angeblich - aus den Augen.

Den Faschos wird, wie gewöhnlich, ein "Platzverweis" erteilt, sie müssen die Innenstadt verlassen; die Polizei begleitet sie bis zu einer Bushaltestelle in der Nähe des Alten Audimax und wartet, bis sie abgefahren sind.

Während dieser Zeit trifft in der Nähe des Apex eine zweite Gruppe von AntifaschistInnen ein, die von der Auseinandersetzung mit den Skins informiert worden war. Diese Gruppe beschließt, sich in die Innenstadt zu begeben. Sie wird von der Polizei spätestens am Ende der Weender Straße entdeckt und verfolgt.

Der Weg der Gruppe von diesem Moment an: Waageplatz, Berliner Straße, am Amtsgericht vorbei, am Finanzamt vorbei, Fußweg zum Iduna-Zentrum, Maschmühlenweg.

Als sich die AntifaschistInnen in dieser Gegend befinden, findet der mittlerweile allseits bekannte, berüchtigte Funkdialog zwischen dem Leiter des Zivilen Streifenkommandos und dem Dienstabteilungsführer des 1. Reviers statt: "Ich würde sagen, wenn wir genug Leute sind, sollten wir sie plattmachen." "Laß noch warten, bis noch mehr Grün-Weiße da sind. Dann haben wir sie."

Die Gruppe versucht, über eine kleine Stichstraße hinter dem Iduna-Zentrum vom Maschmühlenweg zur Weender

Landstraße zum Campus zu gelangen, wo sie sich auflösen will. Die Polizei nutzt die Gelegenheit, ihre Falle zuzuschnappen zu lassen: am Ausgang auf die Weender Landstraße - die nicht abgesperrt ist - stehen nun zwei Polizeiwagen. Die Beamten, unter ihnen der Dienstabteilungsführer, treten der Gruppe mit gezückten Knüppeln entgegen. Auch von hinten ist die Stichstraße durch drei Polizeifahrzeuge versperrt. Angesichts der Bedrohung versucht die Gruppe zu flüchten, was einigen auch gelingt. Conny, die versucht, den Bullen über die Weender Landstraße zu entkommen, wird von einem PKW erfaßt und durch die Luft geschleudert.

Auch jetzt ist für die Polizei noch nicht der Moment gekommen, ihren Einsatz endlich abzubrechen. CS-Gas wird versprüht, ein Hundeführer fordert AntifaschistInnen auf, sich doch gleich neben Conny zu legen, Festnahmen werden versucht, der Versuch, Erste Hilfe zu leisten, wird behindert; auch die Polizei leistet keine Hilfe. Der ca. 10 Minuten später eintreffende Notarzt kann nur noch Connys Tod feststellen.

(Quellen: Augenzeugenberichte, verschiedene Stellungnahmen des Juzi, mehrseitiges Flugblatt des Juzi; Pressemitteilungen Die GRÜNEN; GT; FR; TAZ)

## II. Versionen und Lügen - Die Polizei

Wenn der Tod eines Menschen gewalt- sam war, kann sich normalerweise die Öffentlichkeit ein Bild von den Umständen und den Tätern machen: Polizeiberichte werden veröffentlicht, Aussagen von AugenzeugInnen werden von JournalistInnen oder anderen interessierten Gruppen recherchiert, Widersprüche öffentlich gemacht und ggf. aufgeklärt.

Normalerweise.

Bei politischen Todesfällen bzw. bei fast allen mit Polizeibeteiligung ist das regelmäßig anders. So auch diesmal: AugenzeugInnenberichte werden - bestenfalls - gekürzt wiedergegeben, offensichtliche Widersprüche zwischen Polizei- und Beteiligtenversion von den Medien einfach verschwiegen bzw. von Polizeisprechern rundweg abgeleugnet.

Besonders auffällig ist der Umstand, daß die Polizei bzw. das Innenministerium sich bei fast jeder Erklärung in neue Widersprüche verwickelt hat, offene Fragen sind zuhauf aufgetaucht.

Seit den Knüppelinsätzen bei der Demo vom 25.11. hat es die Polizei mit Unterstützung v.a. aus der CDU geschafft, daß über ihre Menschenjagd am 17.11. und den daraus folgenden

Tod einer Antifaschistin in der Öffentlichkeit nicht mehr geredet wird.

Umso notwendiger ist es, die Widersprüche darzustellen und auf die Beantwortung der offenen Fragen zu drängen. Nur so ist es auch möglich, die "Informations"-politik des Steinsgraben als das einzuschätzen, was sie tatsächlich ist: Rechtfertigung und Vertuschung. Mit anderen Worten: Lügen.

Doch wir greifen vor.

### VERSIONEN UND WIDERSPRÜCHE

In den Tagen nach Connys Tod hat es in den verschiedenen Zeitungen, v.a. im GT, aber auch im Innenausschuß des niedersächsischen Landtages [IA] eine Flut von Detailäußerungen hoher und höchster Beamter bis hin zum Minister Stock gegeben. Im Gegensatz zu den AugenzeugInnen hat die Polizei ganz offensichtlich keine in sich schlüssige Darstellung der "Ereignisse".

Wir können hier nicht jede Widersprüchlichkeit im einzelnen auflisten oder nachweisen. Worum es uns im folgenden geht, ist, an einigen zentralen Punkten schlaglichtartig deutlich zu machen, was die Polizei unter "Aufklärung" versteht.

### **Warum hat die Polizei die AntifaschistInnen verfolgt**

Am Wochenende ist dazu Widersprüchliches zu lesen. In der "Welt am Sonntag" heißt es aus dem Mund eines ungenannten Polizeisprechers, daß "die Autonomen" immer wieder versucht hätten, "die Skinheads" trotz des Polizeischutzes "anzugreifen" (WamS, 19.11.). Ähnlich berichtet die HNA-"Sonntagszeit" (19.11.): "starke Polizeikräfte wollten die Personalien der Autonomen feststellen", die sich angeblich vorher mit den Skins geprügelt hatten. Lothar Will jedoch, als Schupo-Chef der direkte Verantwortliche, sagt in der "7te am Sonntag" (19.11.), daß ein konkreter Tatverdacht nicht vorgelegen habe. Damit sagt er zwar das einzige Mal die Wahrheit (in den folgenden Tagen bis heute wird völlig unbezweifelt in allen Medien davon ausgegangen, daß die Gruppe, zu der Conny gehörte,



Räumung der Mahnwache für Conny am 19.11.89



mit jener identisch war, die in der Burgstraße die Auseinandersetzung mit den Skins hatte), ihm entsteht allerdings gleichzeitig ein viel größeres Problem: er müßte folgerichtig zugeben, daß mit dem Einsatz tatsächlich Leute "plattgemacht" werden sollten. Das kann er jedoch nicht. Er ergreift die Flucht nach vorne:

#### **Funk"sprüche"**

In der schon zitierten "7ten" bestätigt Will die Äußerung "Sollen wir sie plattmachen?", gibt also einen Einsatzbefehl zu. (Das es sich dabei um einen Funkdialog zwischen den beiden Einsatzleitern gehandelt hat, wird allerdings erst im IA deutlich.) Am gleichen Tag immerhin hat sich diese Linie noch nicht durchgesetzt. In der "WamS" vom 19.11. sagt Polizeichef Knoke noch, daß dieser Funkspruch so nicht gefallen sei. Will ist mit seinem Vorgehen allerdings auch kein bißchen an der Aufklärung interessiert. Es entsteht der zweite bodenlos zynische Ausspruch eines Polizisten an diesem Wochenende: der Spruch sei "flapsig" gewesen, gemeint sei "natürlich Personalienfeststellung" (7te am Sonntag, 19.11.). Mensch braucht keine SprachwissenschaftlerIn zu sein, um die offensichtlichkeit dieser Lüge zu durchschauen, um zu wissen, was "plattmachen" wirklich bedeutet: eben das Einfangen und Zusammenschlagen der AntifaschistInnen. Denen war das aus ihrer Situation ja auch unmittelbar klar, deswegen versuchten sie, vor gezückten Knüppeln, Hunden und einsatzbereiten 'Chemical maze' zu fliehen.

Und wie wird uns das "erklärt"?

**"Die sind nicht getrieben worden."** (O. Knoke, GöWo, 24.11.)

Erst bestand kein konkreter Tatverdacht, dann sollten sie plattgemacht werden. Der Bulle sagt das und wir sollen tatsächlich verstehen: Personalienfeststellung. Und zwar mit Knüppel, Hund und CS. Aber nein: Will am Sonntag: "Kein CS, zumindest in der Zeit vor dem 'Unfall'." (GT, 20.11.) Will am Montag: "Tränengas weder vor noch nach dem Unfall." (GT, 21.11.) Innenausschuß am Montag: "Möglicherweise doch CS, aber nur

zum Schutz des Autofahrers." (Pressemitteilung DIE GRÜNEN, 21.11.) Und seitdem kein Wort mehr.

Offene Fragen gibt es weiterhin genug: was passiert mit dem Hundeführer, der einige AntifaschistInnen aufforderte, sich gleich neben Conny zu legen? Wieviele Polizisten waren nun wirklich eingesetzt? Wer ist eigentlich der Dienstabteilungsleiter des 1. Reviers an jenem Abend gewesen - anders gefragt: welcher konkrete Beamte wird sich für das "Plattmachen" verantworten müssen? Wie kam es, daß die Polizei die Falle für die Gruppe derartig schnell aufbauen konnte?

Bei der Aufklärung dieser Fragen wird mensch auf alles mögliche hoffen können, verlassen (außer auf die eigenen Anstrengungen) jedoch nur auf eins: diese Polizei lügt, wo es irgendwie nur geht.

### III. "Identität"

Häufig wird bei Gesprächen über den Vorfall die Frage aufgeworfen, ob die Gruppe um Conny die gleiche wie die vorm Apex war. Die Antwort darauf gibt die Polizei selbst: nein. (1)

Und doch schwirrt immer wieder die Behauptung, die Gruppen seien identisch gewesen durch den Raum. 'Identisch' heißt, die Gruppe vorm Apex sei in der größeren Gruppe um Conny dabei gewesen. Vor allem die Göttinger Polizei bleibt bei dieser unbewiesenen und widersprüchlichen Behauptung. Im Innenausschuß des Landtages ist eindeutig festgestellt worden, daß kein Tatverdacht (2) gegen die Gruppe vorgelegen habe.

Begründet wird diese "Identität" entweder gar nicht: "... das sollte und mußte (Personalienfeststellung) auch bei den beteiligten Autonomen geschehen, die - verummumt und teilweise mit Holzknüppeln und sonstigen Schlagwerkzeugen ausgerüstet - im Bereich des Idunazentrums angetroffen wurden" (Willibald Elsner, GdP-Kreisvorsitzender, Extra-Tip 26.11.89) oder mit absurden Aussagen wie der Lothar Wills: "Schon aufgrund der Vermummung und Bewaffnung war das festzustellen" (GT, 20.11.89).

Mit keiner dieser Behauptungen wird auch nur annähernd eine wirkliche "Identität" der beiden Gruppen belegt. Für die Polizei scheint sie trotzdem zu bestehen. Fakt ist, daß sich eine kleine Gruppe Anti-

faschistInnen (ca. 7-10) vor dem Apex mit Skins geprügelt hat und daß eine andere Gruppe (ca. 25) (nachdem die Skins aus der Stadt verfrachtet waren) von der Polizei durch die Stadt verfolgt wurde und schließlich am Idunazentrum eingekesselt werden sollte. Die einzige Verbindung zwischen beiden Gruppen besteht in Kleidung und - bisher auch unbewiesen - Bewaffnung (Holzknüppel). Hier wird auch klar, was "Identität" heißt. Es gab keinen Grund, die Gruppe zu observieren und ihre Personalien festzustellen, es sei denn, mensch ist Polizist. Wer eine Lederjacke trägt und zudem etwa noch ein "Palästinaertuch" muß ein "Autonomer" sein.

Die Polizei hat einen generellen Verdacht gegen alles, was sie aufgrund bestimmter Merkmale als links einordnet. "Identität" der Gruppen heißt nicht "übereinstimmend" sondern zum gleichen Spektrum (Linke) zu gehören. Die Polizei geht hier eindeutig nach dem "Sippenhaft"-Prinzip vor - irgendwie haben die etwas damit zu tun, auch wenn die nicht bei der Schlägerei vorm Apex dabei waren.

Klar waren die Gruppen dann - aber auch nur dann - für die Polizei "identisch". Das wird ja auch nirgends bestritten: "Andere Leute, die nach dieser Aktion verständigt wurden, trafen sich kurze Zeit später vor einer Kneipe, ca. 500 m vom Apex entfernt." (Augenzeugenbericht Juzi)

Der Polizei ist natürlich auch bekannt, daß sich hier in Göttingen aufgrund der vermehrten Übergriffe von faschistischen Skins und der Untätigkeit der Polizei eine Art antifaschistische Selbsthilfe gebildet hat, d.h. z.B. Telefonketten, über die bei Vorfällen alarmiert wird. Die Gruppe hätte aus einer Kneipe kommen können oder zu solch einer Telefonkette gehören können, wer hier in Göttingen, vor allem am Wochenende, in einer größeren Gruppe mit Lederjacken durch die Stadt geht, muß mit ähnlichem rechnen, wie dieser Gruppe am 17.11. widerfuhr.

Der Beweis, daß die derartig eingeordneten Personen auch wirklich kriminell sind, ist schnell erbracht. Erst wird ihnen auf den Hacken herumgefahren, dann werden sie "gestellt", um ihre Personalien aufzunehmen. Schnell sind dann auch Anzeigen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Beleidigung o.ä. verteilt. So auch am 17.11.. Es lag zwar kein Tatverdacht vor (Will am 19.11., Siebte am Sonntag) aber "es liegt zumin-

dest eine gefährliche Körperverletzung vor, wenn nicht gar Landfriedensbruch" (Will am 21. 11., UZ).

**Anmerkung (1):** taz 21.11.89, Pressemitteilung der Grünen im Landtag 270 u. 271, Augenzeugenbericht Juzi Siebte am Sonntag 19.11.89, Innenausschußsitzung 21.11.89

**Anmerkung (2):** ebenda

#### IV. Notizen mit dem Schlagstock

Die Polizei geht also, zumindest in der Öffentlichkeit, von einer "Identität" der beiden Gruppen aus. Ihr Ziel, so wird sie nachträglich behaupten, sei eine Personalienfeststellung. Dazu wird die Gruppe in dem Stichweg zwischen Weender Landstr. und Maschmühlenweg eingekesselt.

Personalienfeststellung - wozu? "Sie (die Polizei) hatte einzugreifen um - weitere - strafbare Handlungen zu verhindern und die begangenen zu erforschen, wozu auch die Personalienfeststellungen von Tatverdächtigen und Zeugen gehören." (W. Elsner, Extra-Tip 26.11.89)

Dazu wird die Gruppe durch die gesamte Innenstadt und über die belebte Berliner Str. verfolgt und am Idunazentrum eingekesselt. Mit bereits gezückten Schlagstöcken fordert die Polizei die Personalien ein. Das hört sich nicht nur so an - das ist Wildwest.. Weder liegt ein Tatverdacht vor (und selbst wenn es einen gegeben hätte, wäre das keine Rechtfertigung für diesen Einsatz !) noch ist die Gefahr weiterer Schlägereien mit den Skins gegeben, da diese zu diesem Zeitpunkt ja bekanntermaßen im Bus stadtauswärts sitzen. Außerdem, so weiß der Polizeidirektor Knoke: "... die Autonomen denken gar nicht daran, ihre Personalien feststellen zu lassen ..." (Knoke, Göttinger Woche 24.11.89)

Auf der Hand liegt also der Schluß, daß nicht die Personalienfeststellung sondern die Knüppelei gewollt war, sonst wäre die Gruppe in Ruhe gelassen worden. Darauf weist auch und eigentlich am direktesten der bekannte Funk"spruch" hin: "Ich würde sagen, wenn wir genug Leute sind, sollten wir die platt machen" auf den dann noch eine Abstimmung über die Kräfteverhältnisse folgte.

"Damit sei aber nur die Personalienfeststellung gemeint gewesen. Die Polizei, so Will, bedauere die Worte." (GT 20. 11.89) Daß Lothar Will "die Worte" bedauert, kann mensch ihm getrost glauben, wird durch

sie doch überdeutlich, was der eigentliche Sinn des Einsatzes war. Die Personalienfeststellung ist eine nachgeschobene Schutzbehauptung.

#### V. Freiheit? - Die des Andersdenkenden!

Das Vorgehen der Polizei am 17.11. war darauf angelegt, ein Exempel an Linken zu statuieren. Das deutet jedenfalls Lothar Will an: "Bisher sind wir immer nur gegen die Rechten eingeschritten, die haben wir nämlich aus unserer Stadt vertrieben." (UZ 21.11. 89) Wie die hier beschriebene "Praxis" aussieht, ist bekannt: Bei den inzwischen mindestens zweimal wöchentlichen "Auseinandersetzungen" zwischen Faschisten und AntifaschistInnen greift die Polizei in der Regel dann ein, wenn die Faschisten zu unterliegen drohen. "... im Regelfall verlieren die Skins, weil die Autonomen natürlich mehr und stärker sind und auch cleverer." (Knoke, Göttinger Woche 24.11.89) Die Polizei nimmt die Skins dann in Schutzhaft und "expediert" sie "per Platzverweis aus der Innenstadt". (Knoke, Göttinger Woche 24.11.89) "Die Skins sind einfach ein bißchen schlichteren Gemüts als die Autonomen, - mit denen kann man das noch machen." (Knoke, Göttinger Woche 24.11.89)

Was sich bei Polizeidirektor Knoke verharmlosend wie Mitleid mit den geschlagenen Skins anhört, bringt Lothar Will auf den Punkt. Für ihn sind die "Auseinandersetzungen" "versuchte Selbstjustiz der Autonomen, die 'einfach auf Andersdenkende einschlagen'". (UZ 21.11.89)

Wie dieser Begriff von Meinungsfreiheit praktisch aussieht, wird wenige Tage später publik: am 27. Oktober wurden in der Discothek "Tangente" ein Ausländer und zwei Gäste, die im zu Hilfe eilten, von Skinheads verprügelt. Vor der Tangente zwei Wagen des Zivilen Sonderkommandos (ZSK), die erst die Skinheads, dann den Ausländer die Diskothek betreten sahen: "Ein ausländischer Mitbürger betritt die "Tangente" - mal sehen, wie er wieder rauskommt." (Funkmitschnitt, FR 29.11.89) Aus den Wagen des ZSK kam auch der verhängnisvolle Funk"spruch" vom 17.11..

Die Polizei nimmt die Skinheads nicht nur in Schutzhaft wenn es für diese brenzlich wird, wo irgendmöglich läßt sie ihnen auch Raum zum Vertreten ihrer schlagkräftigen Argumente. Die Skins prügeln und provozieren und werden aus der Stadt geschafft, wenn sie der Polizei den Anlaß zum Vorgehen gegen die AntifaschistInnen gegeben haben.

#### VI. "...das machen wir schon..."

Und wenn die Skins der Polizei ihr Geschäft derart vorbereitet haben, greift diese ein. Das läßt sich an unzähligen Beispielen nachweisen (z.B. Juziüberfall durch Skins - Ermittlungsverfahren gegen Antifas).

Und so spitzen sich die "Auseinandersetzungen" unter der "schützenden" Hand der Polizei Wochenende für Wochenende zu. Seit Monaten, seit Jahren wartet die Polizei vergeblich auf die Lösung des Problems ..." (Elsner, Extra-Tip 26.11. 89). Und da "im Regelfall ... die Skins" (Knoke, Göttinger Woche) und nicht die Autonomen verlieren, mußte mal wieder gezeigt werden, wer hier in Göttingen die Straße beherrscht.

Wer behauptet das Vorgehen der Polizei, das am 17.11. zu Conny's Tod führte sei eine unglückliche Panne, sei das Produkt der Verknüpfung unglückseliger Umstände, übersieht, das brutale Einsätze der Göttinger Polizei gerade gegen Linke oder Antifaschist/innen keine Seltenheit sind. Es ist Glück, daß diese Einsätze nicht schon früher zu solch schlimmen Folgen geführt haben. Hierzu ein Beispiel: Während des Hungerstreiks der Politischen Gefangenen Anfang diesen Jahres hing ein großes Transparent am Juzi auf dem die Forderung nach Zusammenlegung unterstützt wurde. In der Nacht zum 5.3. wurde dieses Transparent von Nazis angezündet. Nach dem Nazianschlag beschlossen etwa 200 Menschen spontan durch die Stadt zu demonstrieren. In Verlauf der Demo wurden Parolen zur Zusammenlegung an das Alte Rathaus gesprüht. Beim Rückzug zum Juzi griff die Polizei die Demonstration brutal an. Sie fuhr mit mehreren Autos in das Ende der Demo (!), verprügelte wahllos alle Menschen, die sie erwischte und sprühte wild mit CS-Gas um sich. 4 Menschen wurden verhaftet, die demnächst wegen Landfriedensbruch vor Gericht müssen und zahlreiche Leute wurden verletzt. Das diese Verletzungen ohne ernsthafte Folgen blieben ist einzig und allein Glück. Polizeibeamte die mit Autos in eine Demonstration rasen nehmen bewußt schwerste Verletzungen oder sogar den Tod von Menschen in Kauf.



"... es sind nach diesem Ereignis (Schlägerei vom Apex) natürlich Kräfte herangezogen worden. Es geht uns ja auch um die eigene Sicherheit, denn wir wollen die Prügel ja nicht bekommen (sondern verteilen?!), zwischen zwei Gruppen dieser Couleur ... das ist ja etwas, was man uns zum Vorwurf macht, - daß wir mit so wenig Leuten da rangegangen sind. Wären wir mehr gewesen ... - das ist übrigens ein allgemeines Problem, wenn wir Viele aufbieten, ... dann ist unsere Absicht Gewalt zu vermeiden durch Masse." (Knoke, Göttinger Woche Hervorhebung d. Verf.) Und wenn wir wenige sind, dann wollen wir Gewalt produzieren?

Den Grund für's "Plattmachen" verrät uns der Kreisvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Willibald Elsner: Die Polizei werde insbesondere von den Autonomen "beschimpft, beleidigt, mit Steinen beworfen, mit Leuchtraketen und Stahlmüttern und bis auf das Blut gereizt ..." (Extra-Tip 26.11.89 Hervorhebung d. Verf.) Deutlicher geht es nicht.

Plattmachen - ein polizeilicher Fachausdruck für Personalienfeststellung? Plattmachen heißt auch bei der Polizei nichts anderes als im Volksmund. Ihre seit langem bekannte Einsatzmentalität steht in vollem Einklang zu ihren Sprüchen (siehe Spudok). Davon zeugt auch ihr Verhalten beim Räumen der Mahnwache: "Zynisch schlug einer der Beamten seinem Kollegen vor, das Feuer statt mit Wasser mit Petroleum zu 'löschten': "Was meinst du, wie schnell dann die Straße frei ist!" (Hier und Jetzt, 12/89)

"Es gibt keinen Anlaß für Irgendjemanden, die Demokratie verteidigen zu müssen. Das machen wir schon." (Will, UZ 21.11.89 Hervorhebung d. Verf.) Der Grund für das "Plattmachen" vom 17.11. war "Ruhe und Ordnung" wieder herzustellen - "die Demokratie (zu) verteidigen".

Der Hintergrund ein Law and Order-Bewußtsein wie es in der letzten Zeit nur ein Herr Schönhuber offen propagiert.

### Die Nazis machen völlig enthemmt weiter

Auch wenn in der Öffentlichkeit die Polizei mit ihren "Verwirrspielen" Erfolg hatte und sie im Verein mit SPD, CDU und FDP nun dem Juzi den Schwarzen Peter zuschieben kann, die Faschisten haben die Zeichen der Zeit sehr richtig verstanden: Bereits am 18.11. kann die Polizei ihr Lob auf diversen Wänden nachlesen: "Conny war die erste" und "Tote Conny - gute Conny - Wir fordern mehr Polizei". In der Roten Straße versuchen Skins ein Transparent zu dem Vorfall zu verbrennen, schießen mit einer Gaspistole in das offene Fenster einer WG. Durch das polizeiliche Vorbild völlig enthemmt, verüben sie wenige Tage später (24.11.) drei Brandanschläge auf Häuser, in denen sie AntifaschistInnen vermuten. Aus einem der Häuser entkommen die BewohnerInnen nach Bekunden der Feuerwehr in letzter Minute. Am 25.11. findet in Duderstadt eine verbotene FAP-Demo statt, ein GT-Redakteur wird zusammengeslagen. Am Abend nach der Großdemo in Göttingen wird in der Nähe vom Bahnhof ein 17-jähriger niedergestochen und muß lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. In der folgenden Woche werden auf dem Uniparkplatz 5 Autos angezündet. Und die "Öffentlichkeit" lamentiert über Scherben und diskutiert die Schließung des Juzi.

### VII. "Flapsigkeit" hat Tradition

Die Einsatzkräfte, die an der Hatz auf die Gruppe der AntifaschistInnen beteiligt waren, sind nicht etwa irgendwelche Schutzpolizisten, mit denen es da vielleicht durchgegangen wäre.- Die entscheidenden Funksprüche wurden zwischen dem Dienstabteilungsführer des 1. Reviers (Steinsgraben) und dem Leiter des Zivilstreifenkommandos (ZSK), das sich neben den Uniformierten im Einsatz befand, vor Ort gewechselt!

Ihre Strategie, die von Beginn an auf's Einkesseln und "plattmachen" hinauslief, und ihre Zusammenarbeit an der Spitze ihrer jeweiligen Einheiten deuten klare Kontinuitäten zu früheren Göttinger Polizeiaktionen an, bei denen ebenfalls nichts zufällig oder "flapsig" war. Insbesondere die Vorläufer der heutigen ZSKs, wie sie am Iduna-Zentrum "dabei" waren, haben eine mehr als zwielichtige Geschichte, die mit der Änderung des Namens der Kommandos, die in der damaligen Form politisch und juristisch nicht mehr haltbar waren, offensichtlich kein Ende gefunden hat.

Gemeint sind die Aufkdos (Aufklärungs- und Festnahmekommandos), Sondereinheiten, für die in der ersten Hälfte der Achtziger Jahre alles, was dem linken Spektrum zugeordnet wurde, Freiwild war. Schon da wurden Menschen aufgrund ihrer Kleidung oder auch ihrer bevorzugten Kneipen beschattet, verfolgt, belauert und schließlich kriminalisiert, sobald sich die "Aufklärer" die geringsten Anhaltspunkte zusammengeschnüffelt hatten (siehe Kasten).

Die Begründung des Einsatzes vom 17.11., die Polizeichef Will im nachhinein damit zu liefern versuchte, daß die Identität der beiden autonomen Gruppen, von denen die erste die Auseinandersetzung mit den Skins führte, die zweite aber zum Ziel der nächtlichen Polizei jagd wurde, "aufgrund der Vermummung und Bewaffnung (...) zweifelsfrei" festgestanden habe, hat Tradition!

Die Aufkdos arbeiteten mit einem speziell für sie eingerichteten Computersystem, dem Spurendokumentationssystem, das lokal auf den Raum Göttingen zugeschnitten war und dem späteren Spudok-Skandal seinen Namen gab. Diese Schnüffler-Datei bekam als Grundstock sämtliche aus einer Handkartei stammenden Daten mit auf den Weg, die über die linke Szene bis dahin verfügbar waren.

Nun wurde - vorwiegend des Nachts - ergänzt und aufgestockt, was das



7 7A 8 8A 9 9A 10 10A 11 11A

Zeug hielt, wobei eng mit dem Einwohnermeldeamt, der Kfz-Zulassungsstelle, der Universitätsverwaltung und ähnlichen Behörden mehr zusammengearbeitet wurde. Seitens der Polizeiführung und des Innenministeriums war den Aufkdos ebenso wie den heutigen ZSKs "ein hohes Maß an Selbständigkeit" zugestanden worden. Gerechtfertigt wurde das rege Treiben intern mit dem Hinweis, es diene der Prävention. Das war zwar illegal, da hier gegen Leute vorgegangen wurde, gegen die nichts vorlag, aber es führte sich ohnehin ad absurdum spätestens seit dem 1982 ausschnittsweise aufgefangenen Funkverkehr, wie er "bei Aufkdos" offenbar üblich war (siehe Kasten).

Statt der strikten Trennung von nachrichtendienstlichen und polizeilichen Aufgaben, wie sie nach '45 zur Verhinderung des Aufbaus einer zweiten Gestapo gefordert wurde und eine zweckgebundene Vorfeldarbeit von "rechts" wegen ausschließlich in die Hände von MAD, BND und Verfassungsschutz legt, tritt hier die Durchsetzung und Mentalität jenes ganz anderen Polizeiselbstverständnisses zutage.

Ende des Jahres '86 gelang der Göttinger Polizei dann der Coup schlechthin: Der noch allen gegenwärtige Juzi-Kessel machte es ihr über Nacht möglich, 414 Menschen der linken Szene zu erfassen und diese damit auf einen Schlag und komplett, so hoffte man, im Computer zu haben. Freilich überschätzte man sich hier insofern, als daß die Öffentlichkeit, die von der unauffälligeren Aufkdo-Arbeit keine Notiz genommen und von der Existenz eines entsprechenden "Dokumentationssystems" bis dahin nichts erfahren hatte, dieses Vorgehen nicht mehr tolerierte und - ähnlich wie jetzt - Druck auszuüben begann.

Die Mentalität der Zivilpolizei wurde schon 1982 deutlich, als Auszüge des Göttinger Polizeifunkverkehrs veröffentlicht wurden und zu dem Spudok-Skandal um eine geheime "Chaoten"-Datei der Polizei führte. Hier zwei Beispiele:

a: Zwei von unseren Freunden stehen gerade am Theaterkeller, spielen Anhalter, ihr könnt sie ja mal mitnehmen.

b: Jau!

c: Im Kerstlingeröder Feld, da werden sie rausgeschmissen.

a: Kleines Loch hacken, reinschmeißen.

oder:

a: Beim Musikhaus Hack sind welche im Laden... Wir sind am Ort... Das hat so seine Richtigkeit. Das ist hier Person von Musikhaus Hack, die hat nen Ausweis mit.

b: War da noch was?

a: Ne, ne, der hatte nur nen bißchen große Lippe.

b: Hatte ne dicke Lippe? Können wir ihn mit aufmischen?

a: Ach ne, lohnt sich nicht.

c: Und ich hatte schon ne Wette auf dich abgeschlossen, daß du heute nen Widerstand bringst.

b: Nur bei Kurtchen N. haben wir ja nen bißchen mit angefaßt.

a: Na immerhin, es geht aufwärts.

b: Es geht wieder an!

a: Wunderbar!

Anmerkung: Mit "Widerstand bringen" ist gemeint, einen Menschen z.B. bei einer "Personalienfeststellung" so hart zu bedrängen, bis der sich wehrt und dem Menschen dann ein Verfahren wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" anzuhängen.

Genauso wie jetzt gerieten die Polizeiführung und die politisch Verantwortlichen in Legitimationsschwierigkeiten, die sie ebenfalls mit Hilfe einer Demo (Scherbendemo vom 22.11.'86 als willkommener Anlaß für den Juzi\_Kessel) abzuwälzen versuchten. Damals gelang dies nicht: der Einsatz wurde im nachhinein für rechtswidrig erklärt und die Daten angeblich vernichtet.

Inwieweit die Verantwortlichen diesmal durchkommen, bleibt abzuwarten...

## VIII. Conny war nicht die Erste...

Im Laufe der letzten Jahre hat es mehrere Tote gegeben, die - ähnlich wie Conny - von der Polizei in Verkehrsunfälle getrieben wurden.

Erinnert sei an dieser Stelle jedoch auch an die vielen anderen Menschen, die bei Polizeieinsätzen zu Tode gekommen sind: seien es die kleinen Autoknacker, die von der Polizei in den Tod gejagt oder gar erschossen werden, seien es "Fälle" wie der des türkischen Jungen, der vor kurzer Zeit in Essen erschossen wurde, oder seien es die Vielen, die von der Polizei in Verbindung mit dem bewaffneten Widerstand in diesem Land umgebracht wurden...

August 1980

Im Oktober 1980 finden Bundestagswahlen statt. 1979 hat Franz Josef Strauß seine Kanzlerkandidatur durchgedrückt. "Es ist gerichtsbe- kannt, daß der Kanzlerkandidat der Union Dr. h.c. Franz Josef Strauß auf nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung nicht nur provozierend, sondern aggressionsauslösend wirkt." (Verwaltungsgericht Hamburg, 22.8.80)

Am 25.8.80 kommt es in Hamburg zu einer Demonstration gegen den Auftritt von FJS. Am Ende der Demonstration kommt es so, wie es Alfred Dregger am 16.9.79 in der "Bild am





Sonntag" vorhersagte: "Wenn das, was in Essen passiert ist, erst der Auftakt war, dann kann ich bei künftigen Wahlveranstaltungen Verletzte und gar Tote nicht ausschließen." (In Essen kam es zu einem Pfeifkonzert, nachdem FJS die GegendemonstrantInnen als "Schüler Goebbels' und Faschisten" titulierte, dabei flogen auch einige Eier und Tomaten.)

Die Gegendemonstration wird vom Innensenator verboten. Eine von Jusos und DKP angemeldete Demonstration, deren Route weitab vom Kundgebungsort verläuft, wird genehmigt. Als einige DemonstrantInnen von der erlaubten Route abweichen wollen, schreitet die Polizei ein. Es kommt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, wobei die Polizei mit unglaublicher Brutalität auch gegen an den Auseinandersetzungen nicht direkt Beteiligte vorgeht und Flüchtende DemonstrantInnen über dichtbefahrene Straßen trieb.

1000 DemonstrantInnen ziehen zu einer Abschlußkundgebung zum S-Bahnhof Sternschanze. Nach dem Ende der Kundgebung, als sich die Demonstrantinnen auf den Heimweg machen, greift die Polizei erneut ein. Es kommt zum Einsatz von Tränengas. Die Polizei riegelt die Ausgänge des Bahnhofs ab, in dem einige der DemonstrantInnen auf ihre S-Bahn warten und stürmt schließlich die Bahnsteige. Es bricht eine Panik aus. Auf der Flucht vor den Polizeiknüppeln springen einige DemonstrantInnen auf die S-Bahn-Gleise. Die Polizei läßt den S-Bahnverkehr nicht unterbrechen.

Der 16-jährige Lehrling Olaf Ritzmann wird von einer S-Bahn erfaßt und stirbt 4 Tage später in einem Hamburger Krankenhaus.

"Bild am Sonntag": "Jugendliche Demonstranten tobten über die U-Bahn-Gleise Richtung Altona weiter." Polizeibericht: "Jugendliche Demonstranten hatten Angst vor einer Bestrafung wegen eines 'Dummen-Jungen-Streichs'."

Zu dem <"Unfall" im Bahnhof Sternschanze erschienen nunmehr 4 verschiedene offizielle Versionen der Polizei.

Nur ein Beispiel: am 25.8. floh Olaf Ritzmann aufgrund des Polizeieinsatzes, am 26.8. war die Polizei zum fraglichen Zeitpunkt gar nicht zugegen, sondern erschien erst 20 Minuten nach dem Unfall, schon am 27.8. wurde diese Darstellung jedoch wieder zurückgezogen. Der Einsatz von Tränengas wird am Tag nach dem "Unfall" kategorisch bestritten, 10 Tage später heißt es dann, daß diese Frage noch ungeklärt sei.

Einen Polizeiüberfall auf einen Sanitätswagen (Augenzeugenbericht) nach dem "Unfall" will die Polizei dann jedoch lieber nicht zugeben.

Polizeidienstvorschrift (PDV 100): "2.1.6 Das Zusammenwirken der zur Räumung eingesetzten Kräfte, insbesondere mit Absperr- und Verkehrskräften, ist zu regeln."

September 1981

Häuserkampf in Berlin. Zu diesem Zeitpunkt ist Richard v. Weizsäcker Bürgermeister in Berlin; Heinrich Lummer (Spitzname: "Heinrich fürs Grobe") Innensenator. Während v. Weizsäcker in seiner Regierungserklärung im Juni '81 zugibt, daß der Leerstand von Wohnungen in Berlin einen Skandal ohnegleichen darstellt, läßt Heinrich Lummer am 22.9.81 demonstrativ 8 Häuser räumen und hält in einem gerade eben geräumten Haus eine Pressekonferenz ab. Gegen diese Provokation formiert sich eine Gegendemonstration. Sie wird von der Polizei mit Schlagstöcken und Hunden angegriffen. Es entsteht eine Panik. Da die Bürgersteige die flüchtenden Menschenmassen nicht mehr fassen können, strömen die Leute auf die nicht abgesperrte, verkehrsreiche Straße. Auf der Kreuzung bleiben einige Autos stehen. Ein BVG-Bus fährt jedoch, nachdem die Ampel auf Grün umgesprungen ist, mit Vollgas an. Klaus-Jürgen Rattay wird von diesem Bus erfaßt.

Pressedarstellung der Polizei: Klaus-Jürgen Rattay sprang auf die Stoßstange, um die Scheiben des Busses zu zerschlagen.

Leider hat die Polizei dabei wohl übersehen, daß die Stoßstange flach und abgerundet war (BVG-Bus alter Bauart); ferner berichtet dpa und auch Augenzeugen, daß die Scheiben des Busses erst nach dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay zerstört wurden. Ein Medizinstudent, der Hilfe leisten wollte (mit Verbandszeug und Blutinfusion), wurde nicht zum Unfallort gelassen. Eine sofortige Spurensicherung unterbleibt, der Krankenwagen trifft erst nach 20 Minuten ein.

Eine am nächsten Tag stattfindende Mahmwache wird unter Schlagstockeinsatz abgeräumt.

September 1985

Günter Saré, Mitarbeiter des Jugendzentrums Frankfurt Bockenheim, wurde am 25.9.85 von einem Wasserwerfer überrollt.

An diesem Tag fand im Frankfurter Gallus-Viertel (hoher Ausländerinnen-Anteil) eine Veranstaltung der NPD statt. AntifaschistInnen riefen zu einer Gegenkundgebung auf. Diese genehmigt Gegenkundgebung wurde im Laufe des Abends durch starke Polizeikräfte und unter Einsatz von Wasserwerfern aufgelöst, nachdem es zu einzelnen Steinwürfen gekommen war. Günter Saré geriet im Zusammenhang mit diesem Polizeieinsatz unter Wasserwerferbeschuß. Nachdem er vom Strahl eines Hochdruckwasserwerfers getroffen wurde - Günter Saré stand zu diesem Zeitpunkt alleine auf der Straße -, stürzte er. Als er versuchte, zu flüchten, wurde er von einem zweiten Wasserwerfer überrollt.

Nachdem am 30.9.85 sogar die "Bildzeitung" diese Darstellung bestätigte und auch berichtete, daß ein Medizinstudent, der Günter Saré Erste Hilfe leisten wollte, von der Polizei angeschrien wurde "Ihr Schweine, verschwindet hier", wird diese, zunächst unwidersprochene, Darstellung später von der Polizei dementiert. Günter Saré ist nunmehr an den Folgen eines Steinwurfs gestorben. Die Besatzung des Wasserwerfers bleibt im Dienst; sie hatte dafür gesorgt, daß keine Erste Hilfe geleistet werden konnte, da sie sich weigerte, die Scheinwerfer des Wasserwerfers einzuschalten (FR, 30.9.85).



Steinsgraben, Polizeipräsidium, 25.11.89

Der Darstellung der Polizei wird jedoch am 1.10.85 von der Staatsanwaltschaft widersprochen; dieses ist auch vor dem Hintergrund eines Augenzeugenberichts eines unbeteiligten Anwohners und eines Amateurfotos zu erklären, die die ursprüngliche Darstellung bestätigen.

Die Spurensicherung erscheint 3 Stunden nach dem "Unfall".

Am 30.9.85 werden nach Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen, die ihre Ursache in einem vom damaligen OB Wallmann erlassenen Demonstrationsverbot hatten, 255 DemonstrantInnen eingekesselt und festgenommen.

Der Innenausschuß des hessischen Landtages am 1.10.85: "Es liegen keine Anhaltspunkte für ein strafbares Ver-

halten der Polizei im Zusammenhang mit dem Tod des Demonstranten vor."

Am gleichen Tag, an dem der Innenausschuß dies feststellt, beauftragt der SPD-Innenminister Winterstein den Präsidenten des Staatsgerichtshofes mit den Ermittlungen im Fall Saré. Die zuständige Staatsanwaltschaft lehnt jedoch eine Unterstützung des Ermittlers ab und bezeichnet diesen als "Privatperson ohne besondere Vollmachten".

Aber selbst die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bringen Erstaunliches zutage. Gerade im "entscheidenden" Augenblick fiel die Tonbandaufzeichnungsanlage, die den Funkverkehr mit den anderen Einsatzkräften aufzeichnet, aus. Auch die sonst so

eifrigen Dokumentationstrupps der Polizei haben zu diesem Zeitpunkt keine Videoaufzeichnungen angefertigt. Fast schon erstaunlich, daß trotzdem gegen den Fahrer des Wasserwerfers Anklage erhoben wird.

Im Mai '88 endet diese Verfahren mit Freispruch.

Das Verfahren wird aufgrund einer Revision der Nebenkläger (Angehörige von Günter Saré) demnächst vor dem Bundesgerichtshof noch einmal aufgerollt (FR, 26.11.89). Durch die lange Verfahrensdauer (und sollte der BGH das Verfahren an das zuständige Gericht zurückverweisen, verlängert sie sich nochmal um mehrere Jahre) stehen die Chancen zu einer wirklichen Aufklärung zunehmend schlechter.

## Warum nennen wir Connys Tod einen Mord?

Nach dem Geschehen stellt sich die Frage: Warum mußte Conny sterben, welchen Sinn hatte dieser Polizeieinsatz? Laut Polizeichef Will diente der Einsatz der "Personalienfeststellung". Wozu aber diese "Personalien feststellen", wenn es, wie Will in der "Siebten" selber zugibt, keinen konkreten Verdacht gab, daß die Gruppe um Conny bei der Prügelei in der Burgstr. dabei war und auch sonst nichts gegen die Leute vorlag. Wieso wurden die AntifaschistInnen über eine halbe Stunde lang von mehreren Zivilwagen der Polizei verfolgt: Von der Judenstraße über den Jacobikirchhof zur Weender Straße, zur Mühlenstraße über den Waageplatz zum Amtsgericht und am Finanzamt vorbei durch den Maschmühlenweg in die finstere Verbindungsstraße hinter dem Iduna-Zentrum. Die Polizei zieht eine Hundestafel, mehrere Zivile Sonderkommandos und mehrere Streifenwagen zusammen. Die Zivilwagen treiben die Gruppe mit aufgeblendeten Scheinwerfern auf die Polizisten an der Weender Landstraße zu, die dort mit gezücktem Knüppel und Giftgas-Spritzen stehen. Ziel einer solchen Polizeiaktion kann doch nur sein, die Menschen mit dem aufgefahrenen Arsenal zu bedrohen und zu verletzen - und als die Gruppe von AntifaschistInnen die Streifenwagen erreicht, werden die Menschen tatsächlich mit Knüppeln und CS-Gas angegriffen (eben: "plattgemacht"). "Sollen wir sie plattmachen?" ist kein flapsiger Spruch irgendeines Beamten wie Polizeichef Will uns weismachen will. Der Funkpruch stammt aus dem Wagen des Leiters der Zivilen Sonderkommandos

und ist gerichtet an den diensthabenden Leiter der gesamten Schutzpolizei, der sich am entgegengesetzten Ende der Verbindungsstraße auf der Weender Landstraße befindet. Und unmittelbar danach wird der Ausspruch von den Polizisten zur blutigen Realität gemacht. Und dies ist auch die Realität, wie wir sie alltäglich mit der Polizei erleben: Die Liste von GöttingerInnen, die bei solchen Polizei-Einsätzen verletzt worden sind, ist lang. Noch länger ist die Liste der Menschen, die in der ganzen BRD bei Polizei-Einsätzen verletzt werden. Und dieses alltägliche Vorgehen der Polizei kalkuliert den Tod von Menschen ein.

Conny ist nicht die erste, die von der Polizei auf diese Weise umgebracht wurde: 1980 wird Olaf Ritzmann in Hamburg bei einer Demonstration gegen Franz-Josef Strauß von knüppelnden Polizisten vor eine S-Bahn getrieben und ist tot. 1981 wird Klausjürgen Rattay bei einer Demonstration gegen die Räumung eines besetzten Hauses in Berlin in den fließenden Verkehr vor einen Stadtbuss getrieben und ist sofort tot. 1986 wird Günther Sare bei einer Demonstration gegen Neonazis in Frankfurt von einem Wasserwerfer über die Straße getrieben, davon überrollt und ist sofort tot. Und hier wird Conny von Polizisten auf die Fahrbahn vor ein Auto getrieben und ist sofort tot.

Bei ihren Hetzjagden nimmt die Polizei bewußt das Risiko in Kauf, daß Menschen verletzt, verkrüppelt oder in den Tod gejagt werden.

Deshalb nennen wir Connys Tod einen Mord.

## Aktivitäten der militanten Faschisten in den letzten Monaten

Im folgenden Abschnitt wollen wir eine unvollständige Chronologie der Naziaktivitäten in und um Göttingen aufführen. Vorweg: Festzuhalten bleibt, daß die Gewalttätigkeiten der Faschisten seit Ende 1987 Wochenende für Wochenende anhalten, ohne daß ihnen, abgesehen von entschlossenen AntifaschistInnen, Widerstand entgegengebracht wird. Die Abläufe der Übergriffe vermag den LeserInnen sicherlich nicht die Gefühle und Ängste der angegriffenen Personen vermitteln, jedoch kann mensch sich ein Bild über die Aggressivität und Brutalität der Nazihorden machen. Typisch für das Vorgehen der Nazibanden, und das geht auch aus der Chronologie hervor, ist, daß sie wahllos Menschen auf der Straße angreifen insofern sie in ihr Feindbild passen, besonders Linke und AusländerInnen - jede/jeder könnte die/der Nächste sein.

22.7. Im Steinbruch bei Wiershausen (Nähe Hann.-Münden) feierten ca 50 Faschisten. Aus einem Kornfeld heraus beschossen sie einen vorbeifahrenden Streifenwagen mit scharfer Munition. Die Täter entkamen. Erst Wochen später wurde der bekannte FAPler Stefan Koller unter dem Verdacht festgenommen, er sei einer der Schützen gewesen. Er wurde jedoch mangels Beweisen auf freien Fuß gesetzt. Mittlerweile wird nicht mehr wegen "scharfer Schüsse" ermittelt, es sollen nun auf einmal Platzpatronen gewesen sein.

9.9. Nachmittags wurden im Cheltenham - Park drei Leute von auffallend jungen Nazis mit Bierflaschen beworfen. Später wurde eine Frau auf den Schillerwiesen von ca 10 verummten, mit Baseballschlägern bewaffneten Faschisten angegriffen, die sich aus einer Gruppe von etwa 30 Gestalten gelöst hatten. Sie konnte mit knapper Not im Auto entkommen. Gegen 21.30 Uhr überfielen etwa 10 überwiegend 15-16 jährige Faschisten vor dem "Flash" stehende Leute, ein Disco - Besucher wurde mit einem Tschako verletzt, einem anderen wurde aus nächster Nähe mehrmals Tränengas ins Gesicht geschossen. Nur wenige Minuten später wurde vom Wall aus das Juzi etwa 30 Sekunden lang mit Signalmunition beschossen. In derselben Nacht versuchten drei Faschisten vor einem Musikgeschäft in der Groner Str. einen Passanten zusammenzuschlagen, wurden hiervon aber von einem aufmerksamen Kneipenbesucher abgehalten, der zwei von ihnen entwaffnete bzw. umhaute, darunter Torsten Heise. Nachdem Polizisten dort eingetroffen waren, zogen die Faschisten in Richtung Theater weiter, wo sie an einer 17 jährigen Frau "Rache" nahmen, sie mit Baseballschlägern krankenhausaufschlagten. Sie erlitt einen Arm- und Nasenbeinbruch sowie Rippenquetschungen.

10.9. Auf ein von Linken bewohntes Haus im Siekweg (Grone) wurde in der Nacht zum 11.9. ein Brandanschlag verübt. Zuvor waren von den Faschisten Fahrradreifen zerstochen, Autos am Lack zerkratzt und antifaschistische Aufkleber abgerissen worden.

22.9. Am Freitag trieben sich etwa 30 Faschisten in kleinen Gruppen unter den Augen der Polizei in der Stadt herum. Sechs von ihnen randalierten am frühen Morgen vor dem Juzi. Sie wurden von der Polizei, die die Faschisten die ganze Zeit beobachtet hatte, erst festgenommen und abtransportiert, als sich die Leute im Juzi mit Steinwürfen verteidigten. Bei einem der Faschisten fand die Polizei eine Briefftasche, die am Abend zuvor einer Taxifahrerin gestohlen worden war.

23.9. Am Samstagabend rotteten sich etwa 60 Skinheads, zum Teil aus anderen Städten angereist, in Göttingen zusammen. Gegen 18 Uhr hielten einige von ihnen auf der Herzberger Landstraße Autos an und führten "Personenkontrollen" durch. Später versuchten sie, unter Beobachtung der Polizei in die Innenstadt einzusickern.

Ausserdem gab es im Jungen Theater einen Brandanschlag, nachdem einem Skinhead zuvor Hausverbot erteilt worden war.

24.9. Am Bahnhof wurde gegen Mittag ein Kameruner von Skinheads als "Nigger" beschimpft und zusammengeschlagen.

Am 11.10. randalierten Skinheads im Jugendzentrum Weende. Sie warfen Scheiben ein und bedrohten BesucherInnen und MitarbeiterInnen des Jugendzentrums.

In der Nacht nach Connys Tod, als die gesamte Stadt voller Polizeiwagen aus ganz Norddeutschland war, sprühten die Neo-Nazis dreist in der Innenstadt Parolen wie "Conny war die erste" und "Tote Conny, gute Conny. Wir fordern mehr Polizei" an Häuserwände, beschossen ein Studentenwohnhaus unter Gegröhle von Nazi-Parolen mit einer Gaspistole und zündeten an einer Kneipe ein Plakat an, das von dem Mord an Conny berichtete.

In den frühen Morgenstunden des 24.11.89 wurden auf drei Häuser im Kreuzbergring Brandanschläge verübt. Nach Aussagen der Feuerwehr wären die Menschen im Haus Nr.16 allesamt getötet worden, wenn das Feuer nur 5 Minuten später entdeckt worden wäre.

Zum Zeitpunkt der Brandanschläge wurden in unmittelbarer Nähe ca. 15-20 Faschos gesehen.

Am Abend des 25.11.89, nach der Demo anlässlich Connys Tod, wurde an der Kreuzung Godehardstr./Berliner Str. ein 16jähriger von einem bislang Unbekanntem mit einem Messer angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Nach Augenzeugenberichten handelt es sich bei dem Täter aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Skinhead.

Bezeichnenderweise wurde dieser Mordversuch erst 4 Tage später über die Presse veröffentlicht, nachdem ihn das Juzi-Plenum in einer Stellungnahme publik gemacht hatte. Die Bullen, die wenige Minuten nach dem Mordversuch von diesem Kenntnis erhalten hatten, sahen sich erst nach der Publikmachung durch das Juzi-Plenum zu einer Stellungnahme genötigt.

### Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!

Wie oben beschrieben sind viele Menschen in der Stadt von dem Terror der Nazis bedroht. Aus konkreten Erfahrungen wissen wir, daß wir uns nur selber vor Naziübergriffen schützen können. Wir haben es oft genug erlebt, daß wir nicht auf das sogenannte "staatliche Gewaltmonopol" - Polizei und Justiz - vertrauen können. Als Ende Jan. '88 das Juzi von etwa 30 Skinheads organisiert angegriffen wurde, standen Polizeibeamte in Zivil daneben, ohne einzugreifen. Darüber hinaus war der Polizei schon am Nachmittag bekannt, daß sich bewaffnete Skinheads aus verschiedenen Städten Norddeutschlands zusammenrotteten. Ein aufmerksamer Bürger hatte dies beobachtet und bei der Polizei angerufen. Diese griff erst ein, als die Faschisten von mittlerweile zusammengetrommelten AntifaschistInnen durch die Stadt gejagt wurden. Der Polizeieinsatz richtete sich aber

nicht gegen die Faschisten sondern gegen die AntifaschistInnen um die Skinheads zu schützen. Anschließend wurden die Faschisten von der Polizei in das Zentrum der rechtsextremen "Freien Arbeiter Partei" FAP in Mackenrode geleitet.

Als es im April '89 einen Brandanschlag auf ein Transparent am Juzi zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen gab, fuhr eine Zivilstreife der Polizei vorbei und versuchte nicht einmal, die flüchtenden Faschisten zu stellen. Die Polizei griff erst ein, als AntifaschistInnen daraufhin eine Demonstration durch die Stadt machten. Dabei wurden Leute wahllos verprügelt, mit CS-Gas besprüht und einige verhaftet, die demnächst ein Prozess wegen "Landfriedensbruch" erwartet. Bei diesem Einsatz fuhren die Bullen mit PKWs brutal in das Ende der Demo hinein. Daß dabei niemand ernsthaft verletzt wurde, ist purer Zufall.

Dies sind nur einige spektakuläre Beispiele, die das Vorgehen der Polizei deutlich machen. "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" ist keine dumme Parole, keine gemeine Polemik, keine ungerechte Diffamierung sondern sie drückt exakt das Verhalten der Polizei aus. Auch die Rolle der Justiz in diesem "Rechts"-Staat haben wir oft genug erfahren müssen. Während AntifaschistInnen wegen Lappalien (Plakate kleben usw.) mit Verfahren überzogen werden oder wegen Auseinandersetzungen mit Faschisten Verfahren wegen "gefährlicher Körperverletzung" und Ähnliches angehängt bekommen oder sogar, wie in Hamburg, als sogenannte "terroristische Vereinigung" verfolgt werden, tut die Justiz alles, um den Terror der Nazis zu verharmlosen.

Am 6.5.89 versuchte Torsten Heise, Skinführer in Göttingen und Umgebung, in Nörten-Hardenberg einen libanesischen Flüchtling an einem Fußgängerüberweg zu überfahren. Dieser konnte sich glücklicherweise durch einen Sprung zur Seite retten. Anschließend wurde ihm von Torsten Heise Tränengas ins Gesicht gesprüht. Die ursprünglichen Ermittlungen wegen "versuchten Totschlags" wurden schnell von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Mittlerweile geht es nur noch um "gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr".

Im Sommer '89 wurde in Hann.-Münden die Wehrsportgruppe "Stahlhelm" von der Polizei ausgehoben. Es wurde ein umfangreiches Waffenlager, Sprengstoff und Nazi-Propaganda gefunden. Nur wenige Wochen später werden die Ermittlungen gegen diese Terrorbande wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" eingestellt. Das heißt, aus einer terroristischen Nazi-Bande wird mal wieder eine Ansammlung von Einzeltätern. Nur am Rande sei erwähnt, daß sich unter den Mitgliedern dieser Wehrsportgruppe mindestens ein Polizeibeamter befindet! Zufall?

Auch diese Auflistung liesse sich beliebig verlängern. Wir wissen, daß die Herrschenden in diesem Staat kein Interesse haben, gegen Faschisten vorzugehen. Wir wissen, daß für die Herrschenden der Feind links steht. Wir wissen, daß die Nazi-Banden die Funktion haben als Terrorkommandos gegen links zu fungieren, daß sie die Kräfte der Linken binden sollen, daß sie eine ideologische Vorreiterrolle für die rassistische und ausländerfeindliche Politik der Herrschenden spielen.

## Kein Fußbreit den Faschisten

Wir wissen, daß die Verbreitung faschistischen Gedankengutes gerade bei Jugendlichen nicht alleine dadurch gestoppt werden kann, daß den Faschisten auf der Straße entgegengetreten wird. Die zunehmende Akzeptanz unter Jugendlichen für faschistisches und rassistisches Gedankengut hat tiefsitzende gesellschaftliche Ursachen. Doch gerade diejenigen, die am lautesten schreien, daß es hier lediglich um die Auseinandersetzung "rivalisierender Jugendbanden" ginge, machen wenig bis gar nichts, um sich diesen Entwicklungen entgegenzustellen. Dies liegt auch gar nicht in ihrem Interesse. Wer schweigt, wer die Rechnung links = rechts aufmacht, wer von "rivalisierenden Jugendbanden" spricht, ist mitschuldig an dem sich ausbreitenden Nazi-Terror und nicht zuletzt mitverantwortlich für ein Klima, das es ermöglicht, daß es überhaupt zu einem solchen Polizeieinsatz kommen konnte, der am Freitag Connys Tod verursachte.

Es sind gerade diejenigen, welche von einer großen Koalition der etablierten Parteien, der bürgerlichen Medien, der Polizei und Justiz als "linke Chaoten" und "anarchistische Gewalttäter" diffamiert werden, die mit vielfältigen Aktivitäten versuchen, der Ausbreitung des Faschismus etwas entgegenzusetzen. Gerade diese am meisten verteufelten Menschen - Juzi-BesucherInnen und Autonome - sind es, die neben einigen anderen Menschen gerade in den letzten Monaten versucht haben, in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen über faschistische Aktivitäten und Hintergründe aufzuklären und gerade auch junge Menschen davon zu überzeugen, daß Faschismus und Rassismus keine Lösung darstellen, um mit den eigenen, in Wirklichkeit aber von der Gesellschaft verschuldeten Problemen fertig zu werden.

- So hat es verschiedene Flugblattaktionen in der Nikolaistr. gegeben, um das mit den Skinheads sympathisierende Umfeld zu erreichen. Unter anderem dadurch ist es gelungen, zu einem Großteil der Jugendlichen Kontakt zu bekommen. Mittlerweile sind viele dieser Menschen mit uns gegen die Faschisten aktiv. Wir haben ein Flugblatt erstellt, das an jeden Göttinger Haushalt verteilt wurde und detailliert unsere Überlegungen zu den Ursachen des sich immer weiter verbreitenden Faschismus und Rassismus darstellt.
- So gibt es mittlerweile ein "AntiFa-Jugendcafe" im Juzi, das viele SchülerInnen besuchen um zu klönen, Spaß zu haben, aber auch um zu überlegen, wie wir gemeinsam gegen die Nazis aktiv werden können.
- So gibt es viele SchülerInnen unter uns, die versuchen, an den Schulen antifaschistischen Widerstand zu organisieren. Andere Leute organisieren mit LehrerInnen zusammen antifaschistische Unterrichtseinheiten.
- So gibt es StudentInnen, die an der Universität gemeinsam mit der Fachschaftsversammlung und dem Allgemeinen Studentenausschuß ErstsemesterInnen über die faschistischen Aktivitäten informieren und mit ihnen über mögliche Gegenmaßnahmen diskutieren.
- So gibt es auch Menschen unter uns, die in Betrieben arbeiten und dort versuchen, die KollegInnen über die faschistischen Aktivitäten aufzuklären.
- So haben wir zusammen mit anderen Gruppen Demonstrationen gegen Faschismus und Nazi-Terror organisiert, zuletzt die Demonstration anlässlich des 51. Jahrestages der Nazi-Pogrome gegen Juden am 9.11. mit über 1.000 TeilnehmerInnen, die bezeichnenderweise von den bürgerlichen Medien völlig totgeschwiegen wurde.

## Wir werden die Nazis weiter bekämpfen

Aus all dem folgt, daß wir uns nur selbst organisieren können. Wir gehen auch selbst auf die Straße, weil wir immer wieder erfahren müssen, daß es die einzige Möglichkeit ist, uns und andere vor den Nazi-Angriffe schützen zu können - nicht weil es uns Spaß macht, Wochenende für Wochenende Gefahr zu laufen uns mit den Faschisten auseinandersetzen zu müssen und dann noch von der Polizei wegen unserer aktiven Verhinderung des Naziterrors verfolgt und bespitzelt zu werden, so daß wir gezwungen sind aufzupassen, nicht erkannt zu werden. Wir wollen keine Angst verbreiten sondern dafür sorgen, daß niemand Angst haben muß durch die Stadt zu gehen. Wir müssen und werden dies jetzt verstärkt tun und fordern alle Menschen auf, sich mit ihren Mitteln und Möglichkeiten daran zu beteiligen:

- mit offenen Augen nach Nazis Ausschau halten
- Beobachtungen zu melden (Juzi-Telefon 74557)
- sich selbst zu organisieren
- nicht vorbei zu gehen, wenn sie Nazi-Angriffe sehen (jedeR hat damit zu tun)
- Menschen zu schützen, die gegen Nazi-Angriffe vorgehen.

## Die große Kumpanei

Eines ist jetzt schon klar: Zu einer Anklage gegen die am Tod von Conny Wissmann beteiligten Beamten wird es nicht kommen. Die Ankündigung, die Staatsanwaltschaft habe "die Ermittlungen aufgenommen", läßt das Ergebnis mit Sicherheit vorhersagen. Da wird unter Kollegen "ermittelt", und mehr als eine Dokumentation kollektiven Gedächtnisverlustes wird nicht herauskommen -- Verfahren eingestellt, nach Protesten (vielleicht) wieder aufgenommen, endgültig niedergeschlagen: eine Akte mehr im Archiv. Das Opfer wird zur Täterin, die Täter zu Unbeteiligten.

Was anderes darf denn auch erwartet werden, wenn es bereits eine Woche nach dem Tod von Conny in einem Flugblatt der Göttinger Schutzpolizei heißt: "Auch wir müssen uns fragen, ob dieses bestürzende Ergebnis wirklich unvermeidlich war." Wer die Frage nach den Umständen der Treibjagd so stellt, zuckt allenfalls mit den Schultern und spricht sich selbst von jeder Verantwortung frei.

Die Staatsanwaltschaft wird dieser Linie folgen, wie bei allen vergleichbaren tödlichen Polizeieinsätzen in den vergangenen Jahren: Olaf Ritzmann geriet 1980 in Hamburg auf der Flucht vor einer Horde Bereitschaftspolizisten unter die Räder einer S-Bahn. Keiner der Beamten wollte sich später an den Überfall auf die Anti-Strauß-Demonstration im Bahnhof erinnern. Auch Klausjürgen Rattay, der ein Jahr später in Berlin vor einen Bus getrieben wurde, war -- aus polizeilicher Sicht -- selbst Schuld an dem tödlichen "Unfall". Ebenso 1985 in Frankfurt Günter Sare, den angeblich niemand von der Wasserwerferbesatzung gesehen hat, bevor er von dem tonnenschweren Ungetüm überrollt wurde. Und auch in Göttingen wird es jetzt zu einem phänomenalen Gedächtnisschwund kommen, eine sachkundige Zeugenbetreuung wird das schon richten.

Der eingeschliffene Korpsgeist erlaubt nicht einmal einen Hauch menschlicher Anteilnahme. Im Gegenteil: Wenn der Chef der Göttinger Schutzpolizei schreiben läßt, "der Tod einer Studentin" habe "tiefe Betroffenheit ausgelöst - auch bei der Polizei", so ist diese Bekundung nur ein verlogenes, dahingerotztes Auftragswerk aus dem "Referat Öffentlichkeitsarbeit". Wenn sie sich unbelauscht wännen, heißt es "plattmachen", in der Sprache des modernen Unmenschen. Und so ist es auch gemeint.

Wann denn hat sich ein Polizeichef hingestellt und ernsthaft erklärt, er schäme sich für den Einsatz seiner Leute und trage persönlich die Verantwortung? Hat jemals ein Innenminister die Angehörigen eines Polizeiofers aufgesucht, still, ohne Presse, mit gesenktem Kopf? Und haben diese Herren einmal glaubwürdig versichert, solche Einsätze in Zukunft verhindern zu wollen? Nein, die große Kumpanei des Sicherheitsapparates blendet diese Folgen des staatlichen Gewaltmonopols aus. Und der größere Teil der Öffentlichkeit folgt ihnen bereitwillig. So auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die gern die "Traditionen der Arbeiterbewegung" in Anspruch nimmt, sich in diesen aktuellen Fällen aber einen Maulkorb verpaßt. Bei keiner jener wohldokumentierten Gewaltorgien der inneren Streitkräfte an den Bauzäunen und Versammlungsplätzen der Republik hat die GdP nach den Verantwortlichen in den eigenen Reihen gefragt. Was wäre hingegen, wenn die Weender Landstraße in Leipzig oder Prag liegen würde? Von diesen Kumpanen wollen wir kein Wort mehr über Demokratie, Grundgesetz oder gar gewaltfreie Protestformen hören.

*Redaktion Straßenmedizin  
(Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen)*



Teil der Demo am 25.11.89 in der Weender Landstraße am Mahmal für Conny

Am 17.11.89 wurde Conny vor dem Idunazentrum von den Bullen in den Tod getrieben. In den folgenden Tagen erreichten uns unzählige Solidaritätsbekundungen aus der gesamten BRD und dem Ausland. Um gemeinsam unsere Trauer und Wut auszudrücken, entschlossen wir uns, kurzfristig eine bundesweite Demo am 25.11. in Göttingen zu organisieren.

Wichtig war für uns, daß alle Menschen, die sich von Connys Tod betroffen fühlten, teilnehmen konnten. Zentrale Punkte dabei waren für uns:

- ein Schweigemarsch vom Wilhelmsplatz zur Unfallstelle,
- ein Marsch durch die Innenstadt zur Bullenwache am Schweinsgraben, wo die Verantwortlichen für Connys Tod sitzen,
- eine Abschlußkundgebung am 82iger Platz.

Es war für uns klar (und das haben wir auch vor der Demo öffentlich geäußert), daß es weder darum ging, die Innenstadt in Schutt und Asche zu legen, noch darum, von uns aus die Konfrontation mit den Bullen zu suchen. Obwohl klar war, daß die Demo nicht angemeldet wird, und auf jeden Fall am Schweinsgraben vorbeigehen soll, haben sehr viele Gruppen bis hin zur SPD dieses Demokonzept mitgetragen und dazu aufgerufen.

#### Zum Ablauf der Demo

Daß es mit der vorher von den Bullen selber angekündigten Zurückhaltung nicht weit her war, zeigten sie schon am frühen Morgen des 25.11.:

- Massive Vorkontrollen auf allen Zufahrtswegen nach Göttingen,
- Durchsuchung aller auswärtigen Autos
- Personalienüberprüfungen mit Abgleich der BKA-Terrorismuskartei,
- sieben Personen wurden vorläufig festgenommen.

Die nächste Provokation gab es dann am Juzi. Kurz bevor der Lautsprecherwagen von dort zum Aufstellungsplatz der Demo gebracht werden sollte, marschierten zwei voll ausgerüstete Hundertschaften am Juzi vorbei.

Ab 13 Uhr begann die Aufstellung der Demo auf dem Wilhelmsplatz. Ihr Beginn verzögerte sich etwas, weil wir nicht mit so vielen Menschen gerechnet hatten und weil immer noch viele TeilnehmerInnen von den Bullen auf den Zufahrtsstraßen aufgehalten wurden. Ein weiterer Grund für die Verzögerung war der Versuch gewaltfreier Gruppen, entgegen den Absprachen kurz hinter der Demospitze im autonomen Block mitzulaufen. Sie weigerten sich - auch nach mehrmaliger Aufforderung durch die Demoleitung - sich weiter hinten einzureihen.

Um 14 Uhr setzte sich die Demo mit etwa 18.000 TeilnehmerInnen in Richtung Idunszentrum in Bewegung. Ab dem Weender Tor wurde die Demo zu einem eindrucksvollen Schweigemarsch. Auf der Kundgebung am Unfallort wurden von Connys FreundInnen zwei persönliche Beiträge gehalten. Danach ging es mit viel Power durch die Fußgängerzone. Die Scheiben von einigen Banken und Kaufhäusern wurden eingeworfen, wobei sich der materielle Schaden sehr in Grenzen hielt.

Am 82iger Platz verließen viele Leute den Demozug, wahrscheinlich aus Angst vor einer Konfrontation am Schweinsgraben. Hier wurde erstmals die Information bekannt, daß sich am Schweinsgraben und in den umliegenden Strassen ein so massives Bullenaufgebot befand, daß es für uns bedrohlich nach einer Falle aussah. In der David-Hilbertstraße wurde dann beschlossen, die Route zu ändern, um dieser Falle zu entgehen und die Demo geschlossen bis zur Abschlußkundgebung weiterzuführen.

#### Streß am Steinsgraben

Die Demo ging durch die Münchhausenstraße an der Unterseite der Bullenwache vorbei. Dort wurden etliche Fenster der Wache entglast. Als die Demospitze in den Steinsgraben stadteinwärts einbog, sperrten den Steinsgraben aufwärts kurz hinter der Einmündung Münchhausenstraße ca. 200 Bullen ab. Kurz bevor die Demospitze die Kreuzung Friedländer Weg erreichte, sperrten weitere 200 Bullen den Steinsgraben von unten ab. Gleichzeitig rückten von oben zwei Wasserwerfer und mehrere Hundertschaften bis an die Ecke Münchhausenstraße nach. Kurzzeitig befürchteten wir, daß die Spitze der Demo mit dem Lautsprecherwagen vom Rest der Demo abgespalten und 'plattgemacht' werden sollte.

In dieser Situation kam es aus Angst vor Bullenübergriffen zur Auflösung



vieler Ketten. Viele Leute flüchteten in die Vorgärten und rissen dadurch große Löcher in die Demo. Eine zweite Lücke entstand in der Ecke Münchhausenstraße/Schweinsgraben, weil sich viele Leute nicht an den Bullen vorbeitrauten. Nach wenigen Minuten mußten die Bullen durch den Druck der Demospitze den Weg zum 82iger Platz freigeben.

Kurz nachdem der autonome Block an den Bullen vorbei war, riefen diese über Lautsprecher alle "friedlichen" DemoteilnehmerInnen auf, die Demo zu verlassen. Dieser Aufruf wurde auch von einigen Einzelpersonen aus dem gewaltfreien Spektrum wiederholt. Damit haben sie objektiv das politische Kalkül der Bullen, die die Demo in "Autonome" und "Friedliche" spalten wollten, unterstützt. Das finden wir - gelinde gesagt - zum Kotzen. Zum Glück wurden diese Aufrufe von fast allen ignoriert und die Demo konnte geschlossen zum 82iger Platz weitermarschieren.

#### Bullenprovo bei Abschlußkundgebung

Auch die Abschlußkundgebung konnte entgegen unseren Forderungen nicht ohne massive Bullenpräsenz beginnen. Während des ersten Kundgebungsbeitrages wurden immer mehr Bullen um den 82iger Platz zusammengezogen, woraufhin viele Leute aus Angst vor den Bullen den Platz verließen. Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, beschlossen wir, die Kundgebung abubrechen und zum Juzi zu ziehen.

Noch bevor das Ende der Demo am Juzi ankam, stürmte eine Hundertschaft Bullen aus der Lotzestraße mit gezogenen Knüppeln auf das Juzi zu. Dieser Angriff wurde mit Steinen und zwei Mollis zurückgeschlagen. Wenig später wurde das Ende der Demo von den Bullen aus Richtung 82iger Platz angegriffen, wobei es mehrere Verletzte gab. Auch aus der Lotzestraße griffen die Bullen noch mehrmals an, hetzten Leute über den Parkplatz und schlugen sie zusammen. Die Bullen umstellten das Juzi weiträumig noch für etwa eine halbe Stunde und zogen dann ab.

#### Versuch einer Einschätzung

Alles in allem finden wir, daß die Demo gut gelaufen ist. Erstmals haben wir nicht damit gerechnet, daß so viele Menschen an dieser Demo teilnehmen würden. Wir wußten, daß viele Leute Angst hatten, daß für sie der traurige Anlaß aber wichtig genug war, um trotzdem auf die Straße zu gehen. Wir alle zusammen haben es geschafft, trotz massiver Provokationen der Bullen diese Demo geschlossen durchzusetzen.

#### Zum Verhalten der Bullen:

Die Bullen sind verantwortlich für den Tod von Conny. Viele Menschen wissen das. Sie haben von den miesen Funkprüchen der Bullen gehört und begriffen, daß die Bullen die Faschisten schützen und statt dessen gegen AntifaschistInnen vorgehen. Was für einige von uns schon lange Realität ist, ist jetzt für viele nachvollziehbar gewor-

den. Dadurch standen die Bullen vor der Demo in der Öffentlichkeit mit dem Rücken zur Wand.

Das Ziel der Bullen bei der Demo war: 1) Die Demo in "Friedliche" und "Autonome" zu spalten (Durchsagen am Steinsgraben, demonstratives Einkesseln der Kundgebung am 82iger Platz). Dies gelang ihnen bis zur Abschlußkundgebung nicht. Erst durch den unvermeidbaren Abbruch und den Rückzug zum Juzi hatten sie die Chance, die Autonomen ohne die große Öffentlichkeit der Demo in eine Auseinandersetzung zu verwickeln.

2) Möglichst eine militante Auseinandersetzung zu provozieren, um von ihrer eigenen Verantwortung für Connys Tod abzulenken, mit dem Ziel, ein paar kaputte Scheiben und völlig übertriebene Zahlen von verletzten Bullen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu stellen.

Wir haben von uns aus ganz bewußt versucht, diese Auseinandersetzung zu vermeiden (Änderung der Demoroute am Steinsgraben, Abbruch der Kundgebung).

Der umgekippte Streifenwagen in der Wiesenstraße, von dem am und im Juzi niemand wußte, war der lang ersehnte Anlaß für die Bullen, eine Schlacht zu inszenieren. Den Ansturm der Bullen aus der Lotzestr. konnten wir nur als Angriff aufs Juzi verstehen und waren gezwungen, uns entschlossen zu wehren. Die Verantwortung für die Verletzten auf beiden Seiten liegt eindeutig bei der Einsatzleitung der Bullen.

Einige Göttinger Autonome



# Hetzen statt Handeln – SPD konsequent gegen AntifaschistInnen

Die Reaktionen der Göttinger SPD nach dem Tod von Conny waren kurzzeitig von Worten des Bedauerns geprägt, jedoch bekannte Oberstadtdirektor Schierwater (SPD) schon am darauffolgendem Tag Farbe: Von einer Schuld der Polizei ist nicht die Rede, sondern der der "verblendeten Gewalttätigen", zu denen er Autonome und Skin-Heads zählt, die auf eine Stufe gestellt werden. Das ausschlaggebende Gemeinsame sei der "Haß auf die Polizei".

Obwohl er nach eigenem Bekunden vom "Unsinn der These von der Gleichheit rechter wie linker Radikalität" zu Wissen vorgibt, reiht er sich damit ein bei denen, die AntifaschistInnen und Faschisten gleichsetzen. Gleichzeitig war von ihm zu erfahren, daß "antifaschistische Aktion als gewaltvolles, gar gegen das staatliche Gewaltmonopol in unserer Gesellschaft gerichtetes Handeln niemals im antifaschistischen Sinn erfolgreich sein" kann.

Da drängt sich die Frage auf, wie die SPD das Problem des Faschismus zu lösen gedenkt und welche Wege sie dabei beschritten hat.

Schon seit Jahren haben sich AntifaschistInnen gemeinsam organisiert. Dem lag die Erkenntnis zugrunde, daß die Faschisten nicht von selbst verschwinden. Dort wo sie präsent sind, sollte sich ihnen entschlossen entgegengestellt werden.

Mackenrode-Demo, Mai '88

Alle machen mit – nur die Jusos kneifen

Ein Beispiel hierfür war die überaus erfolgreiche AntiFa-DGB-Bündnis Demo zum Haus des FAP-Funktionärs Polacek in Mackenrode am 8.5.1988.

Ohne jegliche Aktivität entfaltet zu haben, schickten sich die Jusos kurz vor der Mackenrode-Demo an, aus dem Bündnis auszusteigen. Sie unterstellten "interessierten Kreisen" ein "dezidiertes Interesse an einer gewaltsamen Eskalation" und insgesamt bezweifelten sie, "daß die Strategie der direkten Konfrontation mit den Neofaschisten eine momentan angemessene Form antifaschistischer Politik darstellt". Pech für sie, daß das Herbeireden nicht zur Konfrontation führte und sie sich den Erfolg der Demo nicht auf ihre Fahnen schreiben konnten.

Ein weiteres Beispiel sind die alljährlich stattfindenden Revanchistenfeiern im Rosengarten, bei denen sich Mitglieder der Landsmann-

schaften des BDV (Bund der Vertriebenen) und der HIAG (Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS) zum Gedenken an die gefallenen Soldaten treffen, wobei aber auch immer wieder z.B. die Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 aufgestellt wird.

Von einer Teilnahme der SPD an den Gegenveranstaltungen zum Revanchistentreffen war erst gar nicht die Rede. Statt dessen ermöglicht die Stadt Göttingen Jahr für Jahr sowohl durch personelle als auch finanzielle Unterstützung die Durchführung der Rosengartenfeier. An den antifaschistischen Gegenveranstaltungen nimmt die SPD nicht nur nicht teil, sondern sie stellt den AntifaschistInnen knüppelnde Polizeieinheiten gegenüber oder aber sie verbietet die Gegenveranstaltungen von vorne herein (wie z.B. das AntiFa-Juzi-Konzert 1988, das zunächst von den SPD-Oberern verboten wurde, und später nur mit erheblichen Auflagen geduldet wurde). Während sich die SPD-Vorderen auf ihre bevorzugte Eignung als Antifaschisten durch ihre Nazi-Verfolgung beriefen, verordneten sie ihrer Klientel Enthaltsamkeit von antifaschistischen Aktionen.

Das größere gesellschaftliche Problem liege sowieso auf der Seite der Antifaschisten!

DVU/NPD-Wahlveranstaltungen im Mai/Juni 1989  
Die SPD bleibt zuhaus

Zur Verbotsvorladung der NPD-Wahlveranstaltung am 13. Mai '89 vor der Stadthalle führte die Stadt Göttingen aus: "Es müsse davon ausgegangen werden, daß die linke militante Szene im Auftreten der NPD in Göttingen wieder Anlaß sehe, die Stadt mit Terroraktionen zu überziehen..." Den unernsten Verbotsbemühungen wurden mit der einstweiligen Anordnung durch das Verwaltungsgericht Braunschweig ein Ende gesetzt. Da brauchte man sich bei der geplanten DVU-Wahlkundgebung am 16.6.89 noch nicht mal mehr um ein antifaschistisches Deckmäntelchen zu bemühen: "Eine erneute Untersagungsverfügung der Stadt vor dem Verwaltungsgericht (werde) wiederum keinen Bestand haben. Wir sind aber nicht dazu da, Richter und Gerichte zu beschäftigen." Den Grünen wird gleichzeitig als Anmeldern das antifaschistische Besetzerfest untersagt. Ihnen

wird unterstellt, daß sie damit nur provozieren wollen. "Dabei wurde die Möglichkeit von den tätlichen Auseinandersetzungen offenbar nicht ausgeschlossen – nicht zuletzt zu Lasten von Polizeibeamten." Pressesprecher Johannson zitierte in seiner Erklärung Oberstadtdirektor Schierwater. Werbung für Veranstaltungen von NPD und DVU besorgten neuerdings Dritte durch ihre Gegenkundgebungen. Wer – wie er – mit der Politik dieser Parteien nicht zu tun haben wolle, befolge am besten den Grundsatz, zu Hause zu bleiben und ihre Veranstaltungen nicht zu besuchen."

In Anbetracht dieser Verhaltensweisen von Untätigkeit der SPD gegen Faschisten zu reden, erscheint da schon als Verharmlosung.

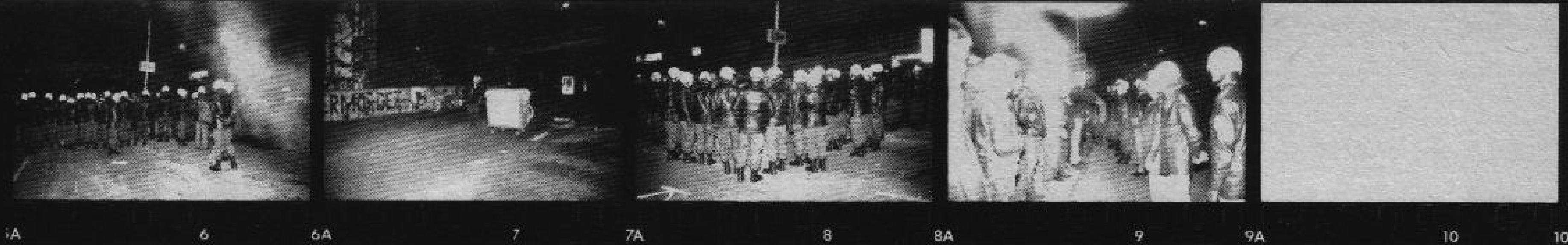
Auf der einen Seite wirft sie AntifaschistInnen Knüppel zwischen die Beine, indem sie deren Aktivitäten zu verhindern sucht. Auf der anderen Seite hofiert sie Faschisten durch Teilnahme und Finanzierung des von den Revanchistenverbänden organisierten Rosengartenspektakels.

Vor diesem Hintergrund sollte die SPD besser tunlichst schweigen, wenn es um Antifaschismus geht, anstatt sich zu rühmen, Antifaschisten zu sein.

SPD und aktiver Antifaschismus

Statt aber eine aktive Auseinandersetzung mit den Faschisten zu führen, bemüht sich die SPD mit allen Kräften, Auseinandersetzungen zwischen autonomen AntifaschistInnen und Skin-Heads zu entpolitisieren. Sie werden als Konflikte rivalisierender Jugendbanden dargestellt, der politische Charakter wird ihnen abgesprochen.

Immer wieder sollte und soll durch die aufgezwungene Gewaltdebatte eine Distanzierung von den aktiven AntifaschistInnen erreicht werden. (Daß diese Gewaltdebatte von einer Gruppierung angezettelt wird, die einerseits nichts gegen den Faschismus auf die Beine kriegt, als zu sagen: "Ich bin ein/e Antifaschist/in", und andererseits aber das stattliche Gewaltmonopol für sich beansprucht, deren ausführende Polizeiorgane dann die aktiven AntifaschistInnen zusammenknüppelt und dabei bewußt den Tod von Menschen in Kauf nimmt, ist der politische Skandal an sich.) Die SPD ordnet sich jenseits der beiden gleichgestzten Pole (radikale Linke = Faschisten) ein. Die Zuständigkeit für antifa-



schistisches Engagement soll an die so "demokratisch Legitimierten" abgetreten werden. Die beste Garantie dafür, daß sich nichts zum Besseren verändert.

Die SPD nach dem 17.11.1989

Auch die öffentlichen Verlautbarungen der SPD nach Conny's Tod und den damit in Zusammenhang stehenden Demos zeigen keine Veränderung der SPD-Linie in Sachen Antifa-Politik an. Anstatt nun diese immer noch unfaßbare, traurige Konsequenz einer Politik der Verharmlosung der Faschisten und Diffamierung der AntifaschistInnen als Anlaß zur Selbstkritik zu nehmen, konnte mensch im GT vom 24.11.89 eine Anzeige der Göttinger Sozialdemokraten lesen, in der die Polizei auch noch in Schutz genommen wird. Angesichts des Todes einer aktiven Antifaschistin hatten die SPD-Vorderen nichts Besseres zu tun, als vor Gewalt zu warnen. Damit war jedoch nicht die Gewalt gemeint, die tagtäglich sowohl von den Faschisten als auch von der Polizei praktiziert wird. Gehütet werden sollte sich allein vor der der Autonomen.

Die Begründung für SPD-Anhänger auf die bundesweite Göttinger Demo am 25.11.89 zu gehen, war nicht die Trauer um Conny und der Protest gegen Faschismus und Polizeiterror:

"Je mehr friedfertige Bürger mitgehen, desto größer ist die Chance, daß die Demonstration friedfertig bleibt" (Wettig-Danielmeyer, SPD, im GT vom 24.11.89)

In diesem Tenor geht es in den Tagen nach der Demo konsequent weiter: Nach unsäglichen Provokationen und Knüppelinsätzen der Polizei bedankt sich der SPD-Unterbezirksvorsitzende Oppermann für die "besonnene Polizeiführung". Die Ausschreitungen stehen nicht etwa mit der Polizeitaktik in Zusammenhang, sie seien das

"brutale Werk einer kleinen Gruppe von gewalttätigen Autonomen. Die Juzi-Leute müßten sich fragen lassen, warum sie diese Gäste einluden." (GT vom 27.11,89)

Die Stellungnahme von Hulle Hartwig (Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes) weicht auch nicht von der grundsätzlichen Linie ab, das Augenmerk auf "die Gefährdung von Polizisten und friedfertigen Bürgern" zu richten, die ausgegangen sei von einem kleinen militanten Teil "von außen". Die Schlußfolgerung, die nach Meinung von Schierwater gezogen werden muß, liegt eben darin, zukünftig nicht mehr mit Autonomen zu demonstrieren. "Ich war und bin nicht einmal der Meinung, daß die wohlgemeinten und ehrenwerten Aufrufe zum Mitdemonstrieren in einer - hoffentlich - friedlichen Demonstration hilfreich und klug waren, weil so etwas bei Teilnahme derart vieler Vermummter letztendlich kaum gelingen kann." (Schierwater im Extra Tip vom 3.12.89)

Die von Hulle Hartwig geäußerte Vermutung, daß die Polizeiführung zu einer Eskalation beigetragen hat, da wie sie vermutet, "die Schlagzeilen irgendwie noch produziert werden mußten", stimmt nachdenklich. Diese Einschätzung teilen ja auch die Grünen, daß die von der Polizei provozierten Auseinandersetzungen von den Geschneissen um Conny's Tod ablenken sollten.

Die Zuspitzung ihrer Argumentation auf die Ausübung von Gewalt von Seiten der Autonomen bei gleichzeitiger Kritik an der Polizeiführung lenkt ab von der gesellschaftlichen Situation, die es erforderlich macht, aktiv die Faschisten - also auch auf

der Straße - zu bekämpfen. Die Praxis der SPD; das Auftreten der Faschisten auszusitzen und im Rat der Stadt schönfärberische Reden über Antifaschismus zu schwingen, bleibt so im Hintergrund. Ob dieses Kalkül aufgehen wird, ist noch nicht abzusehen.

"Sag der SPD ade"

Durch Angriffe der Faschisten, Conny's Tod und den brutalen Knüppelinsatz der Polizei haben viele bisher eher unbeteiligte Menschen Erfahrungen gemacht, die aktive AntifaschistInnen zur Gegenwehr veranlaßt haben. Sie haben gesehen, wie weit der Staat, die Polizei zu gehen bereit ist, daß der Kampf um ein menschenwürdiges, angstfreies Leben in der BRD zum Tod führen kann, daß die Zeit zum Trauern durch Polizeiknüppel begrenzt wird, daß gegenüber DemonstrantInnen brutale Polizeieinsätze gefahren werden.

Zum ersten Mal zeigt sich hier in Göttingen in einem größeren Ausmaß Interesse und Bereitschaft an den Umtrieben der Nazibanden und es werden Fragen nach Möglichkeiten der Gegenwehr gestellt.

Die Versuche der SPD - vereint mit den anderen "Demokraten"- die AntifaschistInnen zu spalten und zu kriminalisieren sollen davon ablenken, daß sie keine Alternative zu bieten haben, daß sie sich als unglaubwürdig erwiesen haben. Nur wenn die Menschen bereit sind, auch selbst auf die Straße zu gehen, gibt es einen Schutz vor den Nazi-Angriffen.

Dieser Praxis wollen die Sozialdemokraten mit ihrer offensiven Diffamierungskampagne gegen (autonome) AntifaschistInnen das Wasser abgraben.





6A 17 17A 18 18A 19 19A 20 20A 21

DOKUMENTATION

# Anfrage an die antifaschistischen Autonomen Göttingens

## Politik-Professoren Walter Euchner und Peter Lösche versuchen, in die Diskussion zu kommen

Als Teilnehmer der Demonstration vom 25.11.1989 und als Kenner der Geschichte der sozialen Bewegung möchten wir folgende Fragen an Sie richten:

**1. Ihr Faschismusverständnis.** Ist es so umfassend, daß Sie das Großkapital (Banken, Konzerne), den Staat und die Polizei für Erscheinungsformen des Faschismus halten? Ihre Parolen und Angriffsziele während der Demo könnten so gedeutet werden. Trifft dies zu- wie kann man dann noch zwischen faschistischen Regimes und normalen parlamentarisch-bürgerlichen Herrschaftsformen unterscheiden?

**2. Ihr Verhältnis zur Polizei.** Wir kritisieren mit Ihnen den Polizeieinsatz, der zum Tode von Conny geführt hat und sind entsetzt über die verrohte Sprache einzelner

Polizeibeamter. Rechtfertigt das Verhalten der Polizei aber wirklich den globalen Vorwurf Ihrer Parolen, die "Bullen" schützen die Faschisten? Fürchten Sie nicht, daß Ihre undifferenzierten Angriffe bei Teilen der Polizei die dort beobachtbare Rechtstendenz verstärken könnte?

**3. Das Problem der Skins.** Wir sind wie Sie der Auffassung, daß der wachsende Rechtsradikalismus unter Jugendlichen bekämpft werden muß. Wir teilen auch Ihre Ansicht, daß rechtsradikalen Rowdies die Straße nicht überlassen werden darf. Doch sind Skins nicht auch Opfer schlechter sozialer Verhältnisse und der Irreleitung durch Altnazis? Wenn dies so ist- sollte man dann nicht nach anderen Methoden der Abwehr als die gewaltsame Auseinandersetzung und Stigmatisie-

rung als "Faschisten" suchen?

**4. Ihr Verhältnis zur Gewalt.** Der Kampf gegen den Ausbau der Kernkraft und der "Häuserkampf" verfolgte rational nachvollziehbare Ziele. Verfolgen Ihre Aktionen noch Ziele dieser Art? Oder üben Sie in Ihren "Scherbendemos" nur noch "blinde Gewalt"? Hinzu kommt: Gewalt in der politischen Auseinandersetzung bewirkt bei den Opfern Haß- und Rachegefühle, den beobachtenden Normalbürger stößt sie ab. Was versprechen Sie sich von Ihrer Senkung der Hemmschwelle gegen Gewalt?

**5. Der Symbolwert Ihrer Uniformenvermummung.** Es ist Ihnen sicherlich bewußt, daß Ihre Gesichtsmasken und Ihr Auftreten im "Schwarzen Block" Schrecken verbreiten. Wollen Sie damit zeigen: Wir sind Herr

der Lage, nichts kann uns an der Durchsetzung unseres autonomen Willens hindern? Dies bedeutete zugleich die Negation jeder Gesprächsbereitschaft und damit eine höchst autoritäre Haltung.

**6. Ihr Verständnis von Autonomie.** Wir vermuten, es geht Ihnen um Selbstbestimmung Ihrer Gruppe, unbekümmert um die Gesetze und Wertvorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft. Vielleicht meinen Sie auch, wenn Ihr Schwarzer Block die Straße beherrscht und Sie nach beliebigen Fensterscheiben einwerfen können, dann seien Sie autonom. Ist dies keine Selbsttäuschung? Setzen Sie sich nicht selbst unter Gruppendruck, der für jene unter Ihnen, die abweichende Auffassungen vertreten, als Fremdbestimmung empfunden wird? Und ist Ihr Gruppenzusammen-

halt nicht letztlich davon abhängig, daß die staatliche Repression nicht bestimmte Grenzen überschreitet?

**7. Ihr Verhältnis zum Anarchismus.** Wir wissen nicht, ob Sie sich bewußt der Tradition des Anarchismus zuordnen. Sollte dies aber zutreffen, dann ist Ihnen sicherlich bekannt, daß die Theorie der Befreiung durch Zerstörung nur einen Strang des anarchistischen Denkens darstellt. Die Haupttradition zielt auf gewaltfreie Selbstorganisation ab. Veraltet nicht diese Gewalttradition in einer Zeit, in der die Bevölkerung in der Sowjetunion, in Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR die verkrusteten Machtverhältnisse durch friedliche Demonstrationen umwerfen?

DOKUMENTATION

# Anfrage an die sozialdemokratischen Arschlöcher Göttingens

Die Vermutung, daß eine akademische Karriere nicht vor Blödheit schützt, ist so neu nicht. Wenn sich 2 Mitglieder dieses angesehenen Berufsstandes in solcher Weise äußern, wenn man/frau obendrein noch weiß, daß diese Hochschullehrer auch noch Sozialdemokraten sind, wird diese Vermutung zur unumstößlichen Gewissheit.

Der Versuch, sich mit diesem geballten Schwachsinn ernsthaft auseinanderzusetzen, muß spätestens bei genauer Betrachtung der Überschrift kläglich scheitern:

"Anfrage an die antifaschistischen Autonomen Göttingens" Was wollen uns unsere sozialdemokratischen Hochschullehrer damit sagen? Gibt es faschistische Autonome? Oder gibt es Autonome, die sich nicht als Antifaschist/innen begreifen oder wie oder was?

Die Möglichkeit sich ernsthaft mit Schwachsinn auseinanderzusetzen ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Apropos Schwachsinn, vielleicht sollten wir die "Anfrage" an das geschätzte Satiremagazin "Titanic" schicken?

Nein, das können wir auch vergessen, Witz oder gar Esprit ist nun wahrlich nicht in diesem sozialdemokratischen Arschwisch zu finden.

Was tun? fragten wir uns. Müllhaufen? -Genau, das ist die Lösung. Erleichterung machte sich breit. Schweißperlen wurden von diversen Stirnen gewischt. Müllhaufen! Das ist es. Der Müllhaufen der Geschichte. Zu Arbeiter/innenmörder Noske, zum Gönner der 'Schwarzen Reichswehr' Ebert, zu Berufsverbote-Willy, zum Stammheim'selbstermörder' Vogel und zu "Raketenslücken"-Helmut.

Aber stop! Bevor wir den Arschwisch zusammenknüdeln und auf diesen herrlich stinkenden Scheißhaufen werfen noch schnell ein paar Fragen. Nennen wir sie kurz:

**Anfrage an die sozialdemokratischen Arschlöcher Göttingens**

Als Teilnehmer/innen der Demonstration am 25.11.89 und als Kenner/innen der Geschichte der Sozialdemokratie

möchten wir folgende Fragen an Sie richten:

**1. Ihr Faschismusverständnis.** Ist es überhaupt vorhanden, oder warum leugnen Sie ständig den untrennbaren Zusammenhang zwischen Kapitalismus, bestimmten Fraktionen des Großkapitals, dem systemimmanenten Expansionsstreben des Kapitals, der Existenz von Klassenantagonismus und einer fortschreitenden Fachisierung von Staat und Gesellschaft. Ihre Hetze vor und nach der Demo gegen Antifaschist/innen muß so gedeutet werden. Der Feind steht links, das war schon immer so für Sozialdemokraten, das ist das einzig relevante für die sozialdemokratischen Manager des Kapitalismus; alles was rechts passiert ist relativ unbedeutend, das regelt das parlamentarisch-demokratische System schon ganz von selbst. Ist es richtig, daß die Sozialdemokratie in ihrer überwiegenden Mehrheit während der 'Weimarer Republik' eine ähnliche Position vertrat? Ist es richtig, daß Sozialdemokraten erst kurz vor der Machtübertra-



31A 32 32A 33 33A 34 34A 35 35A 36

gung an Hitler und die NSDAP merkten, daß sie sich in ihrem blindwütigen Haß auf alle Linke und auf klassenkämpferisches Bewußtsein grausam verkalkuliert hatten? Ist es obendrein nicht auch richtig, daß Sozialdemokraten, obwohl sie selber während des Nationalsozialismus grauenvoll unter dem Terror der Nazis zu leiden hatten, aus ihren Fehlern bis heute keine Konsequenzen gezogen haben?

2. Ihr Verhältnis zur Polizei  
Rechtfertigt das Verhalten der Polizei, die bewußt den Tod von Menschen in Kauf nimmt, die alles unternimmt, um nichts gegen einen sich ständig ausbreitenden Naziterror unternemen zu müssen, die geplant hatte, einen großen Teil der Demonstration am 25.11.89 brutal zusammenzuknüppeln und 'plattzumachen' ein ständiges Lob auch gerade von Sozialdemokraten für ihr "besonnenes Verhalten"? Führt Ihr globales Inschutznehmen der Polizei nicht gerade dazu, daß sich Sadismus, Rassismus und Brutalität unter den Beamten immer weiter ausbreiten?

3. Das Problem der Skins.  
Wir fragen sie, ob die ständige Verdrehung "Täter werden zu Opfern" und umgekehrt anders interpretiert werden kann, als bewußte Verharmlosung eines immer härter werdenden Naziterrors. Wir fragen Sie, ob Sie bereit sind Ihre Verharmlosungen gegenüber Opfern des Naziterrors, zum Beispiel am Krankenbett eines jungen Mannes, der mit lebensgefährlichen Verletzungen auf Grund von Messerstichen im Klinikum liegt, zu wiederholen? (Ehrlicher Weise sei an dieser Stelle angemerkt, daß wir uns solch einen brutalen Zynismus von Sozialdemokraten ohne weiteres vorstellen können.)  
Wir fragen Sie, ob Sozialdemokraten jemals in dieser Stadt nach Wegen oder anderen Methoden zur Abwehr des Faschismus gesucht haben, als sich letztendlich hinter eine den Tod von Menschen bewußt in Kauf nehmende Polizei zu stellen und ansonsten mit allen Mitteln gegen Antifaschist/innen zu hetzen?

4. Ihr Verhältnis zur Gewalt  
Glauben Sie, daß Sie durch Ihr Bekenntnis zum "staatlichen Gewaltmonopol" zur Verhinderung von Gewalt beitragen? Glauben Sie ernsthaft, durch das Bekenntnis zu einer prügelnden, gasversprühenden und in letzter Konsequenz mordenden

Polizei einer Gesellschaft ohne Haß, Rachegefühl und Gewalt näherzukommen? Glauben Sie, daß dadurch, daß Sie den Naziterror verniedlichen, Sie dazu beitragen, daß die Hemmschwelle der Faschisten zur Gewalt erhöht wird? Was versprechen Sie sich von Ihrem Gejammere über ein paar kaputte Scheiben und Ihrer Ignoranz gegenüber den Opfern des Nazi- und Bullenterrors?

5. Der Symbolwert von sozialdemokratischen Charaktermasken.  
Es ist Ihnen sicherlich bewußt, daß Ihre Charaktermasken und Ihr Auftreten als verständnisheuchelnder Bürgerblock Schrecken und Abscheu verbreitet. Wollen Sie damit zeigen: Wir unterstützen die 'Herren der Lage', nichts kann uns an der Durchsetzung des Willens der herrschenden Kapitalisten hindern?

Dies ist bedingungslose Unterstützung staatlicher Autorität und schließt jegliche Auseinandersetzung mit Menschen aus, die den Kampf gegen Faschismus und Rassismus ernstnehmen.

6. Ihr Verständnis vom bürgerlichen Staat.

Wir vermuten, es geht Ihnen um die rücksichtslose Durchsetzung der Unterdrückungs- und Ausbeutungsordnung einer in Dienste der kapitalistischen Wirtschaft stehenden Gesellschaft. Vielleicht glauben Sie ja auch, wenn Sie möglichst viel dummes Zeug reden und sich besonders in der Bekämpfung der Linken profiliert haben, seien Sie besonders gute Bürger und könnten die Lufthoheit über reaktionären Stammtischen zurückerobern. Wir fürchten, daß Sie sich da täuschen, denn das können faschistische Republikaner allemal besser. Verhindern Sie nicht durch den ständigen Anpassungsdruck in Ihrer Partei, daß einzelne Menschen die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu sagen? Verhindern Sie nicht, daß einzelne Parteimitglieder/innen sagen, was sie denken, z.B. daß der Bullenüberfall auf die Menschen vor dem Juzi eine böartige Provokation war, durch die bewußt die Gesundheit vieler Menschen aufs Spiel gesetzt wurde? Ist Parteiloyalität nicht ein Maulkorb, der rücksichtslos den wenigen Mitglieder/innen in der SPD verpaßt wird, die noch denken können?

7. Ihr Verhältnis zum Sozialismus.

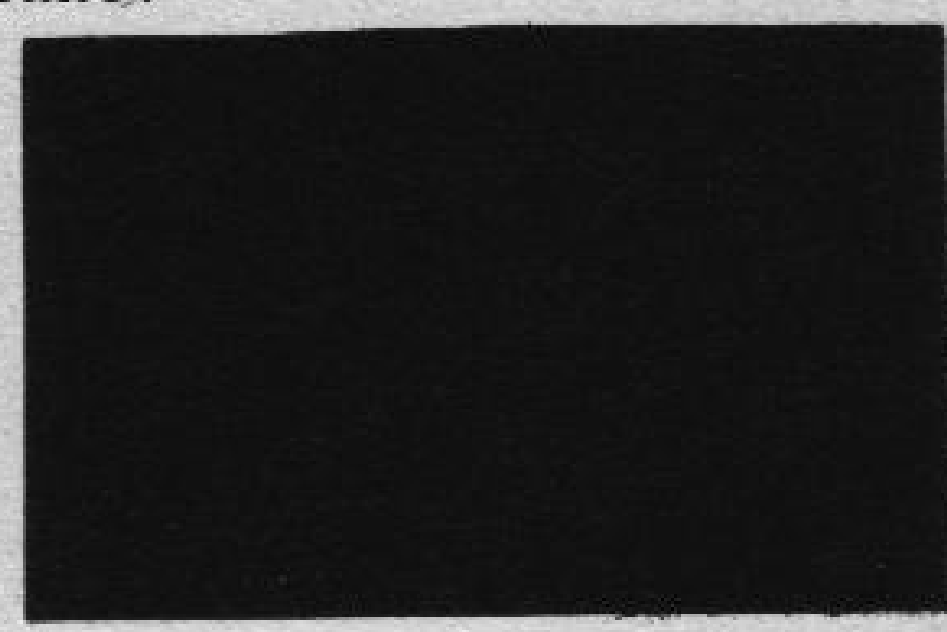
Wir wissen, daß Sie sich bewußt nicht in die Tradition des demokratischen Sozialismus

stellen. Wir wissen, daß der rechte Flügel der Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg alles getan hat, um marxistisches Gedankengut aus der Partei herauszudrängen. Wir wissen, daß die SPD schon immer alles getan hat, um als treue Verwalterin des kapitalistischen Staates anerkannt zu werden. Schon damals bei der Bewilligung der Kriegskredite, die zur Entfesselung des ersten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus nötig waren, hat die SPD klargemacht, daß ihr einige 10 000 Leichen schießegal sind, wenn sie nur an die Tröge der Macht im Kapitalismus kommt. Die Bluts pur ist lang und tief. Von Noske bis Stammheim, von der Verharmlosung des Faschismus damals, bis zur aktiven Unterdrückung und Ausbeutung des Trikonts heute.

Bei jeder Schweinerei - Die Sozis sind dabei. Das ist die Haupttradition der Sozialdemokratie.

Aber es gibt auch noch einen anderen Strang in der historischen Entwicklung der Sozialdemokratie: die des Sozialismus und des Rätekommunismus, die des libertären Kommunismus. Immer aber ist dieser Strang verfolgt, bekriegt und oftmals liquidiert worden. Hier mal ein Überfall auf die Sowjetunion, dort mal ein KZ, vielleicht ein bißchen Isolationsfolter oder wie wärs mit ein paar Berufsverboten? Jedes Mittel ist recht, Hauptsache die Linke muckt nicht mehr auf.

Ja. Ihr sozialdemokratischen Hochschullehrer, da steht Ihr wirklich in einer großen Tradition mit Eurer dümmlichen Hetze und Diffamierung. Reiht Euch ein, Seite an Seite mit prügelnden und mordenden Bullen auf der einen und terroristischen Nazis auf der anderen. Endlich könnt Ihr wieder marschieren, diesmal nicht gen Osten, der wird zum Schleuderpreis gekauft, nein diesmal dürft Ihr wieder gegen den Feind im eigenen Land ziehen und der steht schon immer links.



# „Stahlkugeln bohrten sich in Polizeihelme“ oder: Wie die Presse über Connys Tod und die Ereignisse danach berichtete

## I. Publizistische Grundsätze (Pressekodex)

Die im Grundgesetz der Bundesrepublik verbürgte Pressefreiheit schließt die Unabhängigkeit und Freiheit der Information, der Meinungsäußerung und der Kritik ein. Verleger, Herausgeber und Journalisten müssen sich bei ihrer Arbeit der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und ihrer Verpflichtung für das Ansehen der Presse bewußt sein. Sie nehmen ihre publizistische Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen, unbeeinflusst von persönlichen Interessen und sachfremden Beweggründen, wahr.

Diese publizistischen Grundsätze dienen der Wahrung der Berufsethik; sie stellen keine rechtlichen Haftungsgründe dar.

1. Achtung vor der Wahrheit und wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberstes Gebot der Presse.
2. Zur Veröffentlichung bestimmte Nachrichten und Informationen in Wort und Bild sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Dokumente müssen sinngetreu wiedergegeben werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen.  
Bei Wiedergabe von symbolischen Fotos muß aus der Unterschrift hervorgehen, daß es sich nicht um ein dokumentarisches Bild handelt.
3. Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtigzustellen.

**Göttingen**  
**Schwere Krawalle - Polizist brannte**  
31.11.89 Seite 42, 11. P.

**Polizeistreife in Falle gelockt**  
Vermummte warfen mit Steinen

**Studentin starb bei Krawallen in Göttingen**

**Krawalle endete tödlich**  
Göttingen / Krawalle  
**194 Polizisten verletzt**  
Göttingen (chn/pid). Die nach einer Demonstration in Göttingen 194 Polizisten verletzt.

97 Polizisten bei Demonstration in Göttingen verletzt

## Wort: Blutiger Krawall in Göttingen

Wort der sogenannten Szenen verändert in Göttingen.

zu Bruch - auch die Fensterfassade von Kartadt. Die Polizei wurde zurück.

Privatwagen an, zogen die Insassen ins Freie, versetzten ihnen Ohrfeigen. Es gab mehrere Verletzte. Notarztwagen rief in die

sich gegen den Tod einer 24jährigen Studentin. Bei einer Auseinandersetzung zwischen rechtsradikalen Skinheads und autonomen Gruppen war sie von der Auto

"Göttingen hat wieder einmal überregional Schlagzeilen gemacht. Mit dem sinnlosen Tod von Conny W. und den darauffolgenden Ereignissen. Geschehen, die Betroffenheit auslösten: Über den Tod eines jungen Menschen. Die Fragen aufwerfen über die oberflächlich gefärbten Presseberichte, über die zweifellos fragwürdige Gewalt und letztlich über die staatliche Antwort darauf". (Freizeit - Magazin v. 30.11.89)

Ohne die Position dieses fragwürdigen Pamphlets teilen zu wollen, ist die Medienberichterstattung über die zurückliegenden Ereignisse tatsächlich eine genauere Betrachtung wert.

Die Presseberichte über die Ereignisse der letzten Wochen waren fraglos bezeichnend für die Behandlung bestimmter gesellschaftlich relevanter Themen.

Hier wird bewußt verschwiegen, daß die "zweifelhafte" Rolle der Polizei bei Nazi-Übergriffen auf die Bevölkerung (siehe auch Artikel in diesem Heft) AntifaschistInnen zu Selbstschutzmaßnahmen (Gruppen-

bildung, Vermummung) zwingt, um dann das ganze Problem auf die verharmlosende Formel der "rivalisierenden Jugendbanden" zu bringen (West - Side - Story in Göttingen?).

Noch immer scheint für bestimmte Themen eine selbstverordnete Pressezensur zu gelten, wie während des "Deutschen Herbstes" 1977. Mensch erinnere sich daran, daß dies der Hauptgrund für das Projekt der alternativen Tageszeitung TAZ war: schonungslose Berichterstattung auch über Themen, die von den anderen Zeitungen (und dem Rundfunk) aus Staatsräson verschwiegen wurden.

Wie anders, als vor diesem Hintergrund, wäre es sonst zu verstehen, daß die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus in den meisten bürgerlichen Medien quasi nicht stattfindet, die Arbeit autonomer antifaschistischer Gruppen oder eine Demonstration gegen Faschismus und Fremdenhaß (am 09.11.89 mit 1500 TeilnehmerInnen) im hiesigen Lokalblättchen keine Erwähnung findet?

Dahinter steckt Methode!

Noch immer werden Faschisten als "Einzeltäter" dargestellt, die - mangels Masse - eine weit geringere Gefahr für diesen Staat darstellen, als der "organisierte Linksextremismus". So oder ähnlich beten es unsere "Staatsschützer" vor und unsere Medien übernehmen es geflissentlich. Da "Einzeltäter", dort organisierte Gruppierungen - die Bedrohlichkeit steckt im Detail und bei häufiger Wiederholung wird's schon in den Köpfen stecken bleiben.

Als ganz und gar nicht legitim gilt es für die Presse, die Polizei "dein Freund und Helfer" anzugreifen.

Ob "Hitler - Gedächtnisfeiern" oder Wehrsportgruppen bzw. andere faschistische Organisationen, ein paar Polizisten sind meist mit dabei. Kein Thema für die bürgerliche Presse. Und daß bundesweit bis zu 50% der Polizisten "Republikaner"-Anhänger sind, veranlaßt den bürgerlichen Blätterwald gewiß nicht zu Vermutungen über eine gewisse Rechtslastigkeit unserer "Ordnungshüter".

So nimmt es nicht wunder, daß keine Anklage erhoben wird gegen den brutalen Polizeieinsatz der ein Menschenleben forderte, und auch nicht gegen die Knüppelorgien bei der Demonstration am 25.11.89. Wenn das Erlebte nun mal passiert, dann als pure Reaktion auf "verummte Chaoten" und die sind nun mal ein dankbareres Feindobjekt für unsere ach so freiheitliche, unabhängige Presse.

Die Presse zum Tod von Conny

Am Samstag, den 18.11.89 findet sich folgender Artikel zu den Vorfällen im 'Göttinger Tageblatt':

### Tödlich verletzt nach einem Streit

Göttingen (rtr). Offenbar in unmittelbarem Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Skins ist am Freitagabend auf der Weender Landstraße ein Jugendlicher bei einem Verkehrsunfall tödlich verletzt worden. Es war 21.20 Uhr als die jungen Leute aus bislang ungeklärtem Anlaß in Höhe der Kreuzung zum Mäschmühlenweg aneinandergerieten. Aus der Menge heraus rannte ein Jugendlicher - die Polizei vermochte am Freitagabend bei Redaktionsschluß noch nicht zu sagen ob es sich um ein Mädchen oder einen Jungen handelte - auf die Straße, wurde dort von einem vorbeifahrenden Personenwagen erfaßt und zu Boden geschleudert. Der junge Mensch verstarb noch an der Unfallstelle an seinen schweren Kopfverletzungen.

Unfaßbar, wie hier die Ereignisse dargestellt werden. Gedruckt wird, was "plausibel" klingt. Ein Routine Anruf bei der Polizei - und heraus kommt ein Bericht über einen Verkehrsunfall. Übernommen wird der zu diesem Zeitpunkt aktuelle Polizeibericht: noch scheint die Polizei - das wird immerhin ersichtlich - den Vorfall verharmlosen zu wollen und im GT hat man einen bequemen Abnehmer. Ganz so einfach geht's ab Sonntag nicht mehr: "die Siebte" (ein Anzeigenblatt) widmet der Angelegenheit nun doch eine gewisse Aufmerksamkeit.

Auch die "flapsigen" Funksprüche sind mittlerweile bekannt geworden aber, wie gehabt: Selbstdarstellung der Polizei (in Person des Leiters der Schutzpolizei Lothar Will). Und die überregionalen Sonntagszeitungen?

Die bedienen sich des örtlichen dpa - Berichtes, einer auch noch in den Montagszeitungen aktuellen, nichtsdestoweniger unwahren (ein eher verharmlosender Begriff) Darstellung.

Im Einzelnen: Bei Bild bzw. Welt am Sonntag liest man weiterhin von einem tödlichen Unfall nach Auseinandersetzungen zwischen



Demo am 18.11.89 zum Platz, an dem Conny starb

Skins und Autonomen. "Auf der Flucht rannte 27jährige in ein Auto" und fett: "Chaoten gegen Skinheads: Studentin tot" (BamS, 19.11.) Dazu die üblichen Gewürze, die einen solchen Artikel erst schmackhaft machen: schwere Krawalle, brennende Barrikaden, Molotow Cocktails usw.

Die HNA - Sonntagszeit wartet mit einer ähnlichen Räuberpistole auf, "Blutige Ausschreitungen in Göttingen" läßt aber zusätzlich Polizeichef Knoke verbreiten, daß die Funksprüche ("plattmachen" etc.) "unrichtig" seien. Schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ganz aktuell, aber erfüllt seinen Zweck. Auch das Fernsehen haut in dieselbe Kerbe: Blutige Auseinandersetzungen und dann - Unfall, Pech! Bis Montag halten sich die Lügenmärchen von dpa in den überregionalen Blättern, z.B.: "Tödlicher Unfall nach Schlägerei mit Skins" (Süddeutsche Zeitung v. 20.11.).

Demgegenüber hat sich beim GT was "gerecht"; ausführlich wird im Lokalteil über die Vorfälle berichtet: "Tod überschattet Besuchswochenende" und unter der Überschrift "Trauer und Bestürzung über den Tod der Studentin" folgt ein Bericht über einen Hergang der Ereignisse, wie ihn Lothar Will im Nachhinein gern gehabt hätte.

Die Hannoverschen Zeitungen HAZ und NP (gehören wie das GT zum Madzak-Konzern) begnügen sich derweil mit einer leicht angereicherten dpa - Version.

Interessanter als der Tod sind ein paar kaputte Fensterscheiben und angebliche Krawalle allemal! Das eigentliche Ereignis, der Tod Conny's, die Ursachen und die direkte Verantwortlichkeit der Polizei wird - gelinde gesagt - in den Hintergrund gedrängt. Die Polizei angreifen ist nicht opportun, und ein bißchen Randal macht sich als Presseaufhänger immer gut.

"Menschen sterben und ihr schweigt, Scheiben klirren und ihr schreit!"

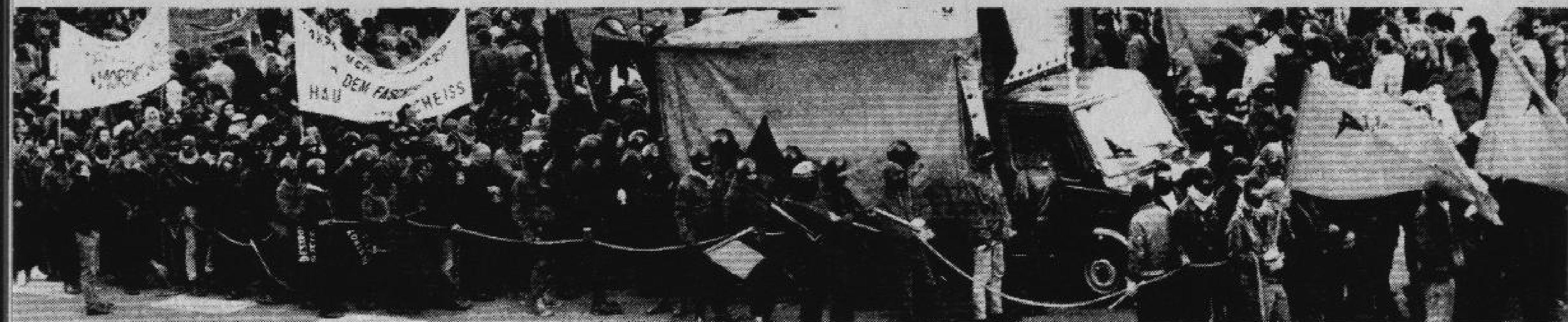
Auffallend an der bundesweiten Presseberichterstattung ist die Vielzahl der gleich- oder ähnlichlautenden Artikel.

Ein - nur auf Polizeiaussagen beruhender - dpa-Bericht geht über den Ticker und wird ohne eigene Recherche weiterverbreitet. Statt Pressepluralismus - Monopoljournalismus!

Daß es auch anders geht, beweist Eckard Spoo in der Frankfurter Rundschau: Am Montag noch den dpa-Bericht mit allen Fehlern abdruckend, wartet er am Dienstag und Mittwoch mit eigen recherchierten Artikeln auf und ist dabei der einzige (neben einem TAZ-Redakteur, auch wenn dessen Bericht von der Zentralredaktion in Berlin an wesentlichen Punkten zensiert wurde), der auf die politischen Zusammenhänge verweist. Ansonsten beharrt die Presse durchgängig auf dem billigen Klischee der rivalisierenden Jugendbanden.



Demo in der Nacht von Sonntag, 19.11.89



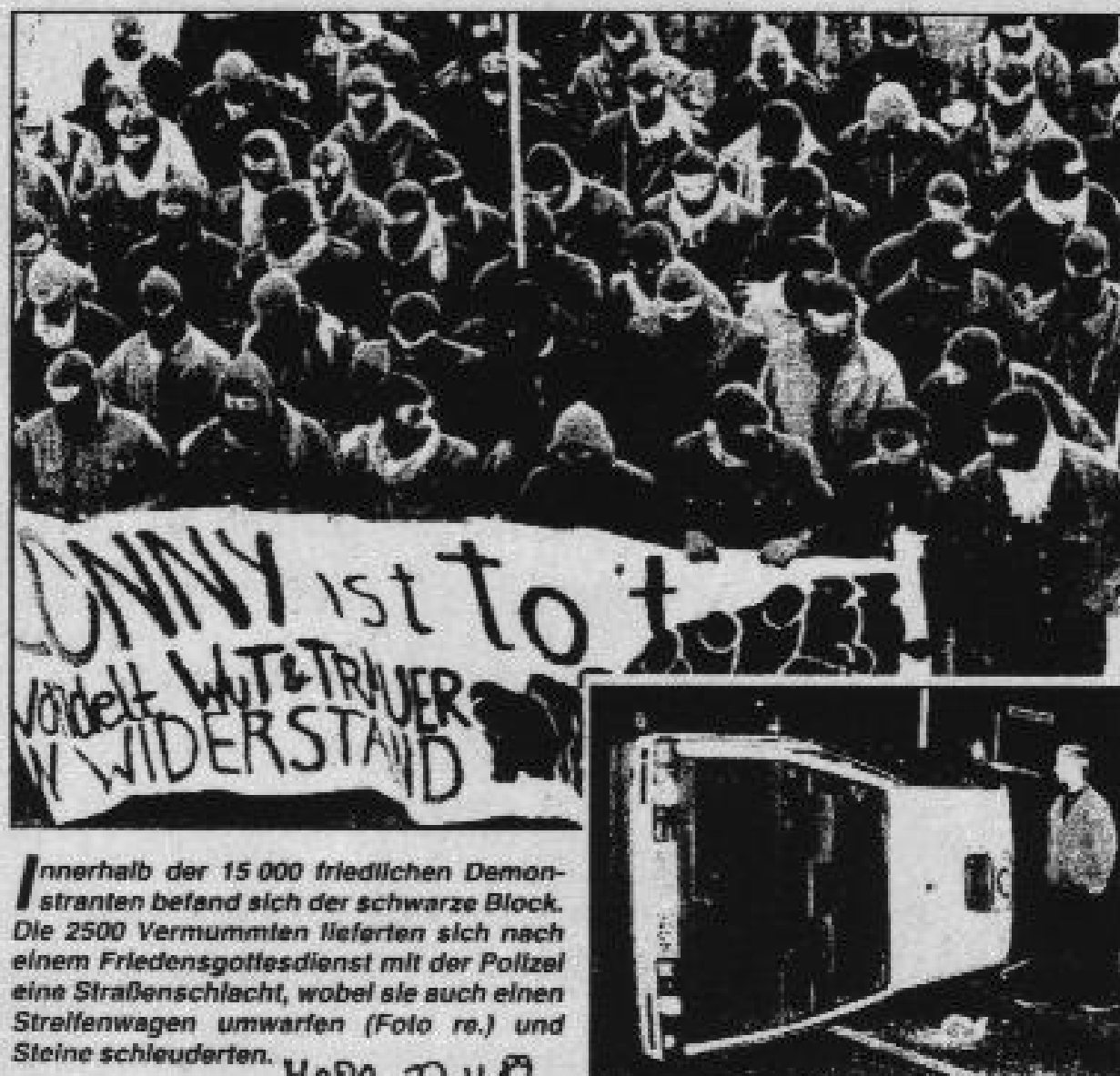
## Die Presse zur Demonstration am 25.11.89

Nach der Demonstration kann die Journaille so richtig loslegen. Ohne in einem Halbsatz mit gekünstelter Trauer auf den "tragischen Tod" eingehen zu müssen, kann sie sich voll dem "Wesentlichen" widmen. Vor der Demo: "63 Säcke voll mit Mollies und Waffen" (HNA, 27.11.). Die Polizei hatte als beschlagnahmt: im Auto mitgeführte Reservekanister, ein paar leere Flaschen, getreu der Devise "10 leere Flaschen Wein können schnell 10 Mollies sein".

Außerdem - man muß ja einen Erfolg vorweisen können - ein bißchen Bordwerkzeug: Wagenheberstangen, Klappspaten etc. So blieben uns Schneeketten und Abschleppseil-schwingende "Chaoten" erspart.

Weiter geht's im (Presse-)Text: "Erst trauerten sie, dann flogen Steine" (MoPo, 27.11.) und "Straßenschlacht vor dem Juzi" (HNA, 27.11.). Und dann kommt's völlig enthemmt: "Chaoten plünderten Innenstadt", "Vermummte ohrfeigten Passanten", "Autonome wollten Stadt anzünden", "Stahlkugeln bohrten sich in Polizeihelme", "Polizist brannte", "Krieg auf der Bürgerstraße" und das traurige Ende: "97 Polizisten verletzt" (daß von diesen 97 ganze neun tatsächlich im Krankenhaus behandelt wurden, war lediglich der FR eine Erwähnung wert).

BILD Hamburg verwechselte übrigens eine Kleinigkeit und berichtete von "Chaoten" die, offenbar gut gerüstet mit "63 Säcken voll mit Mollies und Waffen" durch die Innenstadt zogen. Scurril zwar, aber bezeichnend: die Wahrheit ist bei der Berichterstattung eher im Wege, zumal wenn die Knüppelorgien nicht vom schwarzen, sondern vom grünen Block ausgehen. Denn daß die Eskalation von Polizeiseite ausging, hat Lothar Will in der FR und bei einem NDR-Interview bestätigt. Verplappert? CSSR - ähnliches Verhalten der deutschen Polizei? Das will keiner hören und erst recht keiner schreiben, also berichtet man wie gehabt.



Innerhalb der 15 000 friedlichen Demonstranten befand sich der schwarze Block. Die 2500 Vermummten lieferten sich nach einem Friedensgottesdienst mit der Polizei eine Straßenschlacht, wobei sie auch einen Streifenwagen umwarfen (Foto re.) und Steine schleuderten. MoPo 27.11.89

## Erst trauerten sie - dann flogen in Göttingen Steine

Das über Jahre gepflegte Feindbild "S schwarzer Block" wird also in seiner ganzen "Brutalität" vor Otto Normalleser ausgebreitet. Was bleibt der armen Polizei denn übrig, um "Leib und Leben" der "ordentlichen" Steuerzahler zu schützen, zumal wenn sie "von den Autonomen beschimpft, beleidigt, mit Steinen beworfen, mit Leuchtraketen und Stahlmüttern und bis aufs Blut gereizt wurden" (W.Elsner GdP, zit. nach ExtraTip vom 26.11.), als mal wieder sorrichtig dreinzufahren (oder "plattmachen"?)

Und Conny's Tod gerät immer mehr in Vergessenheit. Aus Tätern werden Opfer.

### Polizeidemokratie

*„Bisher sind wir immer nur gegen die Rechten eingeschritten, die haben wir nämlich aus der Stadt vertrieben. Es gibt keinen Anlaß für irgendjemanden, die Demokratie verteidigen zu müssen. Das machen wir schon.“*

Polizeichef Will, UZ 21.11.89

Mensch erinnere sich: Ausführlich berichteten die Medien über den Tod eines Studenten bei einer Demonstration in Prag (nach einem brutalen Polizeieinsatz!) - später stellte sich das Ganze als Presse - Ente heraus.

Hier wird deutlich, daß die Medien ganz gezielt Informationen hervorheben oder unterdrücken um Stimmung zu machen.

Der brutale Einsatz der Göttinger Polizei vom 17.11. taugt nicht zur Stimmungsmache, genausowenig wie die wahren Begebenheiten am Tag der Großdemo am 25.11.89. Also wird verschwiegen, verschleiert und gelogen. Wer sich mit AntifaschistInnen solidarisiert, wird zur Umkehr aufgefordert (Lothar will im GT: "SO muß sich jeder fragen, ob man sich in Zukunft nicht auch räumlich von den Chaoten absetzen muß"). Hier wird bewußt unterteilt in gute und schlechte Demonstranten. Demonstranten und "Demolanten" (GT). Bürger an die Mahnwache, Chaoten in der Innenstadt. Ruhe und Ordnung werden als wichtigste Grundwerte verkauft.

### Gegen GT 27.11.89 Demolantentum

Göttingen (red). Scharf verurteile der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Horst Udo Ahlers, die „Brutalität und Zerstörungswut von 2000 Chaoten und Demolanten“ anlässlich der Demonstration in der Innenstadt. So tragisch der Tod der 24jährigen Studentin Cornelia W. auch sei, so rechtfertige er doch nicht, daß Chaoten unbeteiligte Passanten und Polizeibeamte zum Teil erheblich verletzt und versuchten, eine Stadt zu zerstören.

Dies habe nichts mit Demonstration zu tun, dies sei „Demolantentum und gewolltes Chaos“. Da staatsanwaltliche Ermittlungen eingeleitet seien im Zusammenhang mit dem Tod der Studentin, so Ahlers weiter, bitte er alle Gruppen, die zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen hatten, um Besonnenheit und Diskussionsbereitschaft.

Nebenkriegsschauplätze werden eröffnet: skurrilste Meldung in diesem Zusammenhang: "Autonome wollten Bus kapern".

Die Hetze gegen vermeintliche "Chaoten" wird uferlos. Hier wird mit Ängsten gearbeitet, um eine kritische Auseinandersetzung mit der schleichenden Faschisierung der Polizei, die den Tod von AntifaschistInnen billigend in Kauf nimmt, zu verhindern.

Daß im Anschluß an die bundesweite Demo ein 17jähriger Demonstrations- teilnehmer durch einen feigen Anschlag (zwei Messerstiche in den Rücken) lebensgefährlich verletzt wurde paßt nicht in



# Rechts

das gewollte Bild und wird verschwiegen. Erst fünf Tage später, am Donnerstag, raffte sich das GT zu einem kurzen Bericht über den Fall auf: "Wie erst heute bekannt wurde..." Der direkte Zusammenhang zu der Demonstration wird nicht erwähnt!

Noch restriktiver in der Unterdrückung von Meldungen über faschistische Übergriffe verhielt sich das GT bei den eigenen Leuten. Ein

Tageblatt - Redakteur, der einen Aufmarsch und Aktionen von 60 Skin-Glatzen in Duderstadt dokumentieren wollte, wurde von den Faschos auf's Brutalste zusammengeschlagen: kein Thema für's GT. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Statt des Abdruckes sogar Abmahnungen an GT-Redakteure, die gegen die Nicht - Meldung protestierten.

Zum Tod von Cornelia W.

## Das Wahrheitsministerium informiert: Lügen haben große Auflagen - Presseschau

Was das GT durch Verschweigen von Nazi-Aktivitäten an Platz einspart, nützt es mit Selbstdarstellungen von CDU-Politikern. Und so haben die Auseinandersetzungen bei der Demo gleich noch einen weiteren Nutzen: Hartwig Fischer und Rita Süßmuth (beide CDU) fordern (wieder einmal!) die sofortige Schließung des Juzi (die Junge Union startete sogar eine großangelegte Kampagne mit Unterschriftenaktion); der CDU-Hinterbänkler im Stadtrat Kurt Werner den Rücktritt von Oberstadtdirektor Schierwater (weil dieser angeblich an einer Demonstration nach Conny's Tod teilgenommen haben soll).

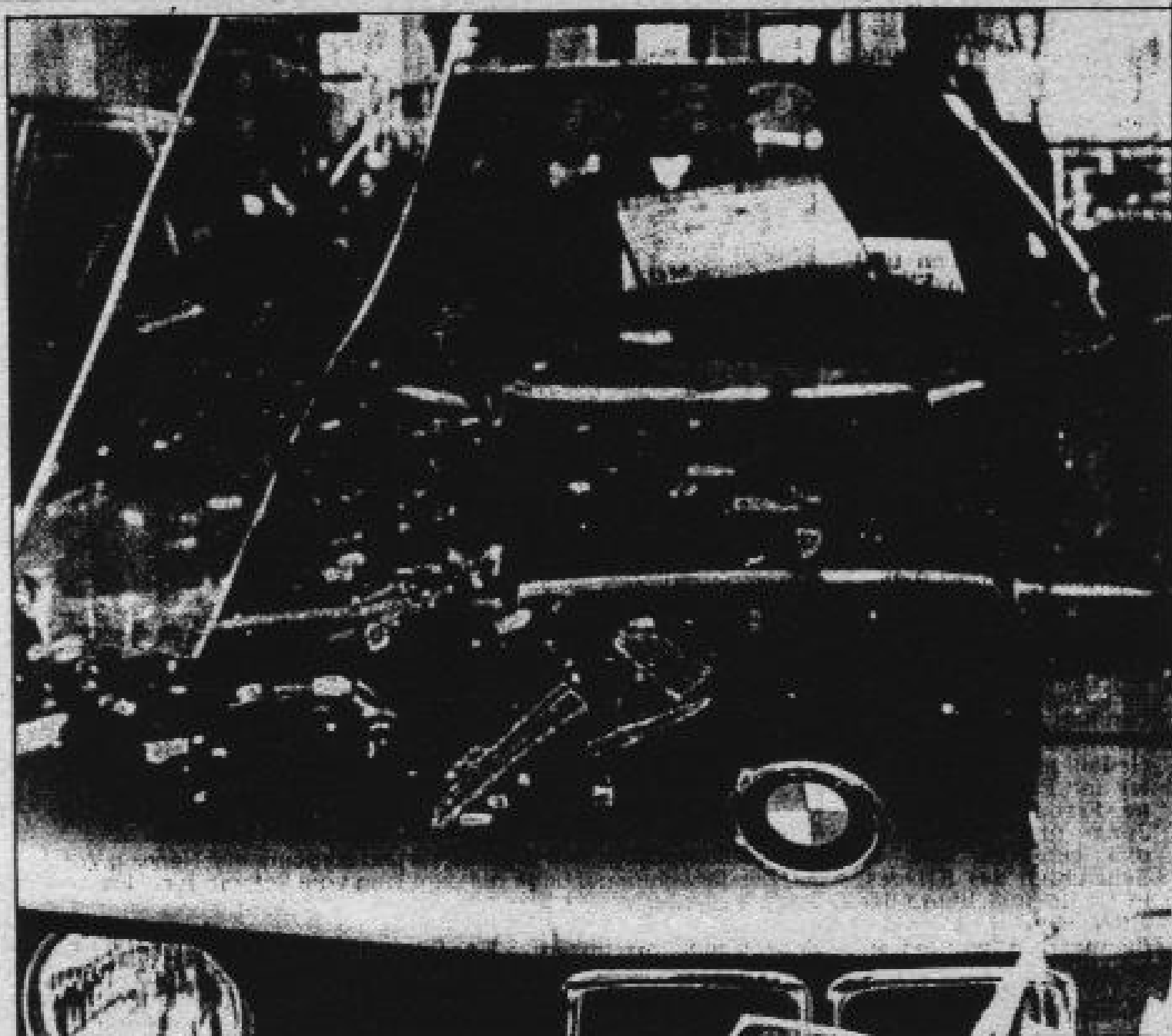
Hier werden politische Konsequenzen eingefordert, die auf den Lügen und Verdrehungen der vorherigen Veröffentlichungen basieren. Diese Art der Politik stinkt nach "Reichspropagandaministerium". Opfer werden zu Tätern. Der Ruf nach Aufklärung geht unter im Geschrei nach Ruhe und Ordnung. Und diese Hetze greift!

Morddrohungen an linke Anwälte und BesucherInnen des Juzi gehören seither zur Tagesordnung! Brandanschläge auf Häuser, in denen AntifaschistInnen vermutet werden, sind die Folge (24.11.).

## Randalierer zogen durch das Schanzenviertel - 24 Festnahmen

### Spuren einer Nacht der Gewalt

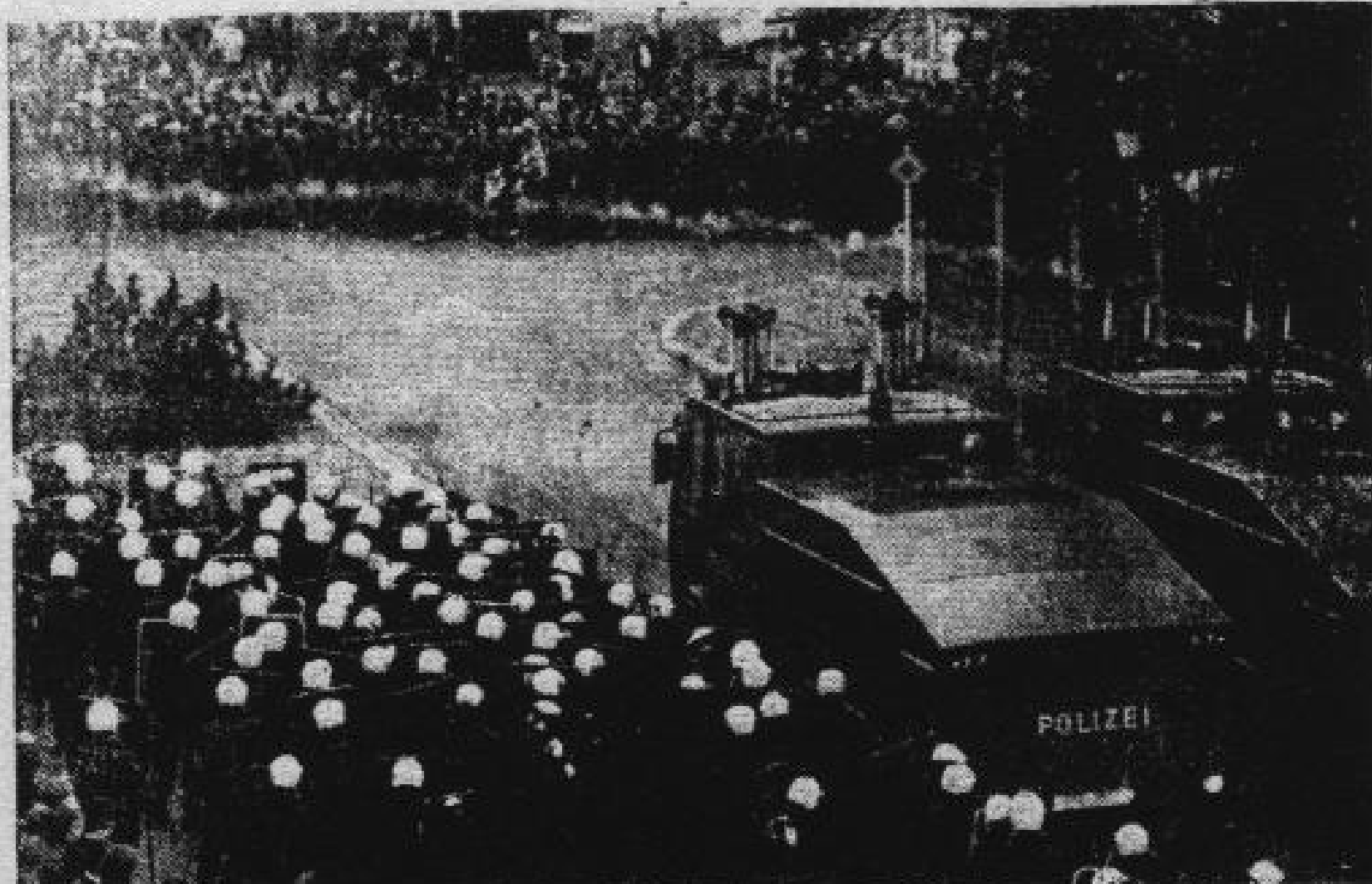
Hamburgs  
Hauptblatt  
20.11.1978



Wie hier bei einem Autohändler hinterließen die Randalierer auf ihrem Weg eine Spur der Zerstörung. Wahlos zertrümmerten sie die Schaufenster der Geschäfte - vom Supermarkt bis zum kleinen Buchladen Foto: SÖCKER

# Presse

"Verfassungsschützer" Lochte (Hamburg) konstruierte bei den ARD-Tagesthemen (30.11.) bereits einen Zusammenhang zwischen dem Bombenanschlag und den "Krawallen in Göttingen. Dort RAF, hier Autonome. Nach dem gescheiterten Hungerstreik sei die Linke auf Eskalation eingestellt: die RAF bombt, die Autonomen (wie in Göttingen, so Lochte) randaliert. Eine Schlußfolgerung, die unsere Süßmuth in der Lokalpostille dankbar aufgreift. Scherra wie gehabt: Autonome als (legaler?) Arm der RAF. Und wieder werden Stimmen laut nach einer Strafrechtsverschärfung. Wir sind offenbar schon wieder mittendrin in einem neuen "Deutschen Herbst".



Schweigend zogen die Demonstranten über die Weender Landstraße (Foto oben). Dort war die 24jährige Studentin im Rahmen einer Polizeiaktion zu Tode gekommen. Zu ersten Angriffen auf Polizeibeamte im Verlauf einer Demonstration kam es am Polizeigebäude im Steinsgraben. Fotos: Niedringhaus

## PRESSEERKLÄRUNG

### CDU-Hetze gegen Juzi zeigt Wirkung: Faschisten beteiligen sich an Süßmuth-Initiative

Die Initiative von FDP CDU und Junger Union zur Schließung des JUZI hat tatkräftige Unterstützung gefunden. Keine Woche, nachdem Rita Süßmuth die Schließung des JUZIs forderte, wurde Göttingen Schauplatz eines Faschistenaufmarsches, aus dem das JUZI angegriffen wurde.

Was ist passiert?

Am 9.12.89, drei Wochen nach dem Mord an Conny, sammelten sich auf dem Schützenplatz — wie schon vor zwei Wochen in Duderstadt — etwa 80 bewaffnete FAP-Mitglieder und zogen ca. eine Stunde später in die Innenstadt. Sie waren mit mehreren Pkw und einem Reisebus angereist. Der Reisebus hatte ein Itzehoer Kennzeichen. Mehrere Pkw kamen ebenfalls von außerhalb. Organisiert worden war diese Nazi-„Demonstration“ von Karl Polacek, FAP-Führungsmitglied aus Mackenrode. Er fungierte während des „Aufmarsches“ als Kontaktperson zur Polizei. Die Faschisten, von denen mindestens 40 in einheitlicher Uniformierung waren, führten schwarz-weiß-rote, mit Nazisymbolen versehene Fahnen und mehrere Transparente mit sich. Auf einem stand: „Deutsche macht euch frei — haut das JUZI zu Brei“.

Ohne von der Polizei, die das Treffen von Anfang an observierte, behindert zu werden, zogen die Nazis durch die Innenstadt zum JUZI. Sie brüllten ausländerfeindliche und faschistische Parolen. (Auf dem Weg zum JUZI bewarfen die Faschisten eine Gruppe z.T. dunkelhäutiger Jugendlicher, die vor dem Jungen Theater standen, mit Steinen. Es gab mehrere Verletzte. Die Polizei griff nicht ein. Anm.d.S.) Mit Duldung der Polizei wurde das JUZI und die davorstehenden Leute mit Flaschen, Steinen und Signalmunition angegriffen. Erst als die BesucherInnen des JUZI versuchten, den Angriff abzuwehren und den Faschoaufmarsch auseinanderzutreiben, zeigte die Polizei Präsenz: Sie gaben den nun abziehenden Faschisten Rückendeckung, indem sie dem Aufmarsch mit ca. 20 Beamten folgten. Von diesem Zeitpunkt an wurde das JUZI durch zivile und uniformierte Polizeistreifen verstärkt observiert. Der Angriff der Faschisten fand um etwa 15.30 Uhr statt.

Wie immer wird an diesem Vorfall die Taktik der Polizei klar: Sie läßt die Faschisten in Ruhe ihre

Aktionen machen und greift erst dann ein, wenn diese durch AntifaschistInnen in Bedrängnis kommen. Und wie so oft schon in der Vergangenheit wurde auch hier wieder deutlich, daß wir uns selber gegen Faschisten schützen und organisieren müssen. Wer uns dies immer noch vorhält, wer immer noch von einem Konflikt zwischen „rivalisierenden Jugendbanden“ spricht, der stiehlt sich aus der Verantwortung und trägt seinen Teil zum immer offeneren und brutaleren Auftreten der Faschisten bei.

Wir sind froh, daß immer mehr Menschen merken, welche Rolle die Polizei in diesem Konflikt spielt; daß immer mehr Menschen merken, wie notwendig die antifaschistische Selbsthilfe ist und selber aktiv werden. Bereits eine halbe Stunde nach dem Angriff auf das JUZI beteiligten sich 300 Menschen an einer spontanen Gegendemonstration, um die inzwischen zum Schützenplatz zurückgekehrten Faschisten ganz aus der Stadt zu treiben. Gerade in den letzten Wochen und Monaten haben sich viele Gruppen gebildet, um selbst aktiv etwas gegen Rechtsextremismus und nationalistische Umtriebe zu unternehmen. Wir sind sehr erleichtert, daß mehr und mehr Menschen dem zunehmenden faschistischen Terror entgegentreten wollen. Damit zeigen sie, daß sie uns und die ausländischen Gruppen nicht mehr mit dem Problem alleinlassen wollen sondern erkannt haben, daß es auch ein Problem für sie ist.

Es ist nicht das erste Mal, daß ein CDU-Vorstoß zur Schließung des JUZI den Weg zu einem gewalttätigen Angriff auf das JUZI vorbereitet hat. Im März diesen Jahres wurde ein Brandanschlag auf das am JUZI hängende Hungerstreiktransparent verübt. Keine 48 Stunden vorher hatte CDU-Multifunktionär MdL Hartwig Fischer in der örtlichen Presse seine Hetztiraden gegen die politische Arbeit des JUZI losgelassen.

Offensichtlich mobilisieren solche CDU-Vorstöße gerade auch das gewalttätige Saubermännerspektrum. Ob eine solche Wirkung beabsichtigt ist, können wir der CDU nicht nachweisen — aber wir werfen ihr vor, daß mit solchen Kampagnen die Stimmung derartig angeheizt wird, daß solche Angriffe erst möglich werden. Daß die Faschisten sich einem menschenverachtenden Schwarzweißdenken verschrieben haben, weiß auch die CDU. Mit ihrer Schließungskampagne fördert die CDU solche platten Stammtischparolen. Zu einer öffentlichen Diskussion um Faschismus und Rechtsextremismus tragen solche Kampagnen nicht bei — im Gegenteil: Sie lenken bewußt von den wirklichen Hintergründen ab.

JUZI-Plenum, 9. 12. 89

# LETZTE MELDUNG:

Am Dienstag, den 12.12. sollte im Amtsgericht ein Prozeß gegen einen Antifaschisten stattfinden, dem vorgeworfen wird, das Auto eines Faschisten beschädigt zu haben. Dazu waren drei Skinheads als Zeugen geladen.

Aus Solidarität und Interesse hatten sich ca. 50 ProzeßbesucherInnen schon um 9 Uhr im Eingangsbereich versammelt. Da diese nicht alle in den Verhandlungsraum paßten, blieben ca. 15 Leute im Eingangsbereich (mit ausdrücklicher Erlaubnis! des Gerichtspräsidenten) zurück, um auf eventuell freiwerdende Plätze zu warten. Der Vorraum ist ein ca. 10 qm kleiner Glaskasten, dessen Eingangstür zum Gerichtsgebäude stets verschlossen ist. Kurz nach 9 Uhr kamen ca. 7 Skinheads. Sie wurden aufgefordert sich zu verziehen, woraufhin diese Leuchtstifte und eine Gaspistole zogen und mehrmals aus kurzer Distanz auf die AntifaschistInnen zielten. Es gab keine Möglichkeit diesem Angriff auszuweichen. Glücklicherweise wurde niemand ernsthaft verletzt - einige AntifaschistInnen mußten jedoch mit Hornhautreizungen in ambulante Behandlung.

Die Skinheads konnten unbehelligt verschwinden. Wir stellen fest, daß die anwesenden zivilen und uniformierten Polizeibeamten es weder nötig fanden einzugreifen, noch eine Verfolgung der Skinheads aufzunehmen. Ebenso wundert es uns, daß sie auf diese Situation scheinbar völlig unvorbereitet waren. Zufall? Absicht?

Die Verhandlung fand übrigens nicht statt, da zwei Belastungszeugen, die sich - wie das Gt am 13.12. berichtete! - bei der ca. 7-köpfigen Skin-Gruppe befanden, fehlten!

## ZUSAMMENSTÖSSE MIT SKINS ODER ZIVIS

Wir bitten alle, die von Skinheads und anderen Nazis in irgendeiner Weise angemacht, bedroht, angegriffen oder sonstwas wurden, uns ein kurzes Gedächtnisprotokoll über den Vorgang zur Verfügung zu stellen.

Stichwort: Skins c/o Buchladen Rote Straße  
Rote Straße 10, 3400 Göttingen

Gleiches gilt auch für Zusammentreffen mit Zivilbullen. Berichte an gleiche Adresse, Stichwort: Zivis

## Skinheads schossen mit Gaspistolen im Amtsgericht

pid GÖTTINGEN, 12. Dezember. Rechtsextremistische Skinheads haben am Dienstag mit Gaspistolen und Signalmunition einen Angriff auf Autonome verübt, die im Vorraum des Göttinger Amtsgerichts auf Einlaß zu einem Strafprozeß warteten. Man sei in Göttingen inzwischen von den Skinheads viel gewohnt, sagte ein Sprecher der Kripo, aber ein Gasangriff im Gericht - das sei „eine neue Dimension der Gewalt“.

Vor dem Amtsgericht sollte sich ein Autonomer wegen Landfriedensbruchs verantworten. Hauptbelastungszeugen waren zwei als gewalttätig bekannte Rädelführer der Skinheads. Etwa 20 weitere Autonome warteten noch im Vorraum des Gerichts auf Einlaß. Zur gleichen Zeit versammelten sich Skinheads in der Innenstadt. Minuten später erschienen sie vor dem Amtsgericht, rissen die Tür auf, schossen Signalmunition und Gaspatronen in den Vorraum, schlangen Stahlruten und machten sich dann aus dem Staub. „Die hatten alle Knarren dabei“, sagten Autonome Minuten nach dem Gasüberfall. Mehrere von ihnen mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Unter den angreifenden Skinheads waren offenbar auch die beiden Belastungszeugen. Sie müssen nach Angaben der Polizei mit Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung rechnen.

Staatsanwalt Hans Heimgärtner sagte, er habe das Gericht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß mit Übergriffen zu rechnen sei, vor allem, nachdem der Autonomentreffpunkt „Juzi“ am Wochenende von 80 Anhängern der rechtsextremen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), darunter auch zahlreichen Skinheads, angegriffen worden war. Die Polizei zog am Dienstag auf Anordnung des Gerichts aber erst auf, als alles vorüber war.

## „Republikaner“ arbeitet im Amt für Verfassungsschutz

BONN, 12. Dezember (dpa). Die Sozialdemokraten (SPD) fordern die Ab-

Anfang Januar erscheint eine umfangreiche Dokumentation zu den Ereignissen um und nach Connys Tod und zum antifaschistischen Widerstand in Göttingen. Darin enthalten ist alles, was seit der verhinderten DVU-Veranstaltung am 16.6. bis heute in Stadt und Region Göttingen gelaufen ist.

Zu bestellen und zu beziehen ist diese Doku im:

Buchladen Rote Straße  
Rote Straße 10  
3400 Göttingen



UNSER GEMEINSAMES LEBEN  
HEISST HERZLICHKEIT, OFFENHEIT, FREUND SCHAFT,  
MUT ZUM WIDERSTAND UND ZUR UTOPIE  
UND DER GLAUBE, DASS ES IMMER BESSER WIRD.



WER SO LEBENDIG IST,  
MUSS FRAGEN STELLEN,  
KANN LEBENSVERACHTENDE VERHÄLTNISSIE NICHT AKZEPTIEREN,



SONDERN MUSS SICH WEHREN, MUSS KÄMPFEN  
GEGEN DIE, DIE DAS LEBEN VERACHTEN  
UND DAVON PROFITIEREN.

COMNY

IST TOT. ES WAR KEIN UNFALL.



WIR TRAUERN.



WIR KÄMPFEN WEITER.